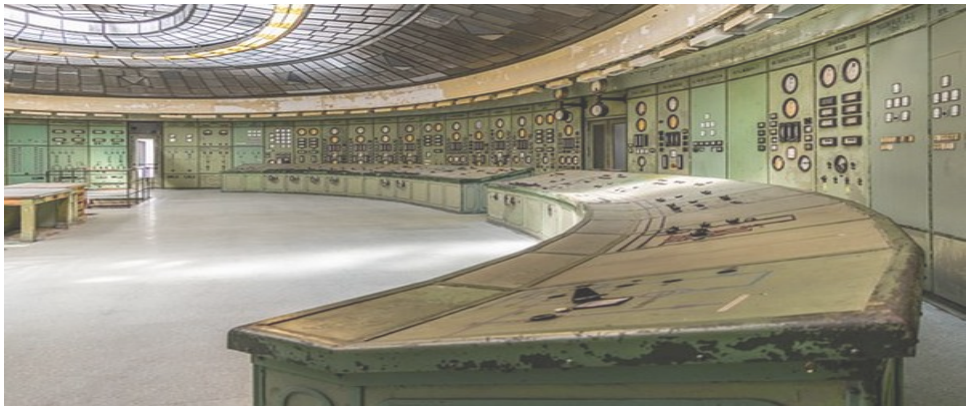
Kapitalismus digital

Ausgabe Nr. 48, 10. Juli 2018



Roboter, selbstfahrende Autos, vernetzte Küchengeräte. Smartes Wohnen, smartes Arbeiten, smartes Konsumieren. Wenn es nach Wirtschaft, Industrie und Politik geht, ist der „digitale Kapitalismus“ kaum noch aufzuhalten. Die Linke hingegen steht den Potenzialen und Gefahren eines neuen High-Tech-Kapitalismus unentschlossen gegenüber. Während die einen die Digitalisierung unserer Alltagswelt als Schritt zum vollautomatisierten Luxus-Kommunismus feiern, zeichnen die anderen ein Schreckensbild der digitalisierten Überwachungsgesellschaft. Big Brother is watching you – jetzt auch in echt!

Für linke Kämpfe ist es entscheidend, sowohl die politischen Potenziale des gegenwärtigen Technologieschubs als auch seine anti-emanzipatorischen Gefahren zu verstehen. Dementsprechend will diese Ausgabe dazu beitragen, die hinderlichen Pole der Digitalisierungs-Debatte hinter sich zu lassen. Denn weder euphorischer Technik-Optimismus auf der einen, noch starrer Technik-Pessimismus auf der anderen Seite genügen, um die Herausforderungen des digitalen Kapitalismus in emanzipatorische Bahnen zu lenken.

Vielmehr lauten die Fragen, die sich in Zeiten der zunehmenden Technologisierung unseres Alltags stellen: Lassen sich die Gadgets des High-Tech Kapitalismus für radikale Politik aneignen? Wie wirkt sich die „smarte neue Welt“ auf den Arbeitsalltag der Vielen aus – sowohl im Betrieb als auch in häuslicher Reproduktion und im Dienstleistungssektor? Aber auch ganz grundsätzlich bohren unsere Autor_innen nach: Sind Automatisierung und Digitalisierung überhaupt so neu wie sie sich geben oder hat der Kapitalismus technologischen Fortschritt nicht schon immer nach seinen Erfordernissen geformt?

In der nächsten Ausgabe #49 im Oktober 2018 beschäftigen wir uns mit China und seinem Weg zur geopolitischen Großmacht. Uns interessiert, wie China von einer Planwirtschaft mit sozialistischem Anspruch zu einer knallharten kapitalistischen Gesellschaft umgebaut wurde. Was sind die Probleme und Perspektiven der chinesischen Arbeiter_innenbewegung? Und wo leistet sie Widerstand?

Wir wünschen Euch viel Spaß beim kritischen Lesen!

„Wir müssen die Plattformen regulieren"

Interview mit Ursula Huws

Nina Scholz sprach mit der Arbeitsforscherin Ursula Huws über die Entwicklung des Kapitalismus, Crowdworking und die letzten Tage des Neoliberalismus.

Nina Scholz: Frau Huws, man hört derzeit oft, so schlimm wie jetzt war es noch nie. Haben wir gerade den schlimmsten Kapitalismus aller Zeiten?

Ursula Huws: Das fühlt sich vielleicht so an, weil der Kapitalismus sich ausdehnt. Einerseits wächst er zahlenmäßig, umspannt bald die ganze Erde. Das ist relativ neu und fing erst 1990, mit dem Ende der Berliner Mauer und dem Ende der kommunistischen Sowjetunion an. Gleichzeitig dehnt er sich in alle Lebensbereiche aus. Wir vermieten zum Beispiel unsere Wohnungen über Airbnb, wenn wir in Urlaub fahren. Diese Bereiche waren früher privat und Ruhezonen. Das spürt man natürlich.

NS: Ist der Kapitalismus denn auch krisenanfälliger als früher? Das hört man auch oft.

UH: Nein, der Kapitalismus war noch nie stabil. Schon Marx und Engels haben 1840 über die Krisen des Kapitalismus geschrieben. Auch in diesem Jahrhunderten hatten wir einige, manche größer, andere kleiner. Die Krise in den 1920ern war fundamental. Wir befinden uns derzeit am Ende des Heilungsprozesses der letzten großen Krise im Jahr 2007.

NS: Heißt Heilungsprozess auch, dass jetzt endlich alles ruhiger wird?

UH: Im Gegenteil! Nach jeder Krise ist die Neustrukturierung des Kapitalismus noch extremer. Diese Restrukturierungen haben zwei Dimensionen: innerhalb der einen soll die Produktivität wiederhergestellt werden, die bereits existierende Industrien werden wieder profitabel gemacht, auch. Innerhalb der zweiten Dimension werden neue Industrien erschaffen, es werden weitere Lebensbereiche in den Kapitalismus integriert. Beides sind sehr aggressive Prozesse.

NS: Viele dieser neuen Industrien, sogenannte Plattform-Unternehmen, zählen zur "Digitalen Ökonomie", die selbst von vielen Linken als Fortschritt gefeiert wird. Manche gehen soweit von einer neuen industriellen Revolution zu sprechen.

UH: Sie meinen Plattformen wie Helpling, TaskRabbit oder MyHammer? Die Tätigkeiten, die dort angeboten werden, sind nicht neu. Es ist nicht neu, dass Menschen als Putzkraft, Schreiner oder Fahrer angestellt werden, aber die Vermittlung fand vorher oft informell statt. Diese Jobs wurden meist bar bezahlt, unter der Hand und nicht versteuert, sie haben also keinen Profit für kapitalistische Unternehmen erwirtschaftet. Was tatsächlich passiert, ist ebenfalls so alt, wie der Kapitalismus selbst: Die Plattformen organisieren und verwalten diese Tätigkeiten, sie disziplinieren die Arbeiter_innen und kreieren eine neue Arbeiterschaft. Ihr Geschäftsmodell ist ebenfalls nicht neu: Sie machen ihren Profit, indem sie eine Miete beziehen, manchmal von den Arbeiter_innen, manchmal vom Kunden, manchmal von beiden. Es kommt uns nur revolutionär vor, weil wir uns noch in der Wildwest-Phase befinden, diese Plattformen noch nicht reguliert werden. Das wird aber nicht lange so weitergehen, die politischen Entscheidungsträger sind schon auf die aufmerksam geworden, aber sie haben nur noch nicht wirklich reagiert.

NS: Sie sind nicht mal beeindruckt von den neuen technologischen Entwicklungen, von den Apps und selbstfahrenden Autos?

UH: Wieso? Man kennt das doch. Die Böden, die eine Putzkraft in einem Arbeitstag schafft, sind limitiert. Dann wird eine neue Technologie eingeführt, zum Beispiel der Staubsauger, also kann die Produktivität gesteigert werden und somit auch der Profit des Unternehmens. Wir sehen etwas ähnliches gerade bei Uber: Sie wechseln vom Miet-Modell zu fahrerlosen Autos, um ihre Produktivität zu steigern. Neu ist das also nicht.

NS: Was macht diese Plattformen dann so gefährlich? Nicht mehr nur Linke, sondern sogar der *Economist* und die *Financial Times* fürchten sich mittlerweile.

UH: Sie sind auch nicht gefährlicher als andere Unternehmen, bevor sie reguliert wurden. Nicht regulierte Unternehmen und neu entstehende Industrien bergen immer ein großes Risiko für Arbeiter_innen. Kapitalist_innen reizen alles aus, was sie können, wenn man sie lässt. Aber wenn die Arbeiter_innen anfangen sich zu organisieren und Forderungen zu stellen, startet normalerweise der Prozess, in dem Kompromisse festgelegt werden.

NS: Aktuell wissen aber viele noch nicht mal, welche Arbeiten unter diesen Plattformen verrichtet werden. Den Begriff Crowdwork haben viele noch nie gehört. Was ist das eigentlich genau? Sie haben ja gerade eine ausführliche Universitäts-Studie dazu abgeschlossen.

UH: Es gibt gar keine genaue Definition, es sind nur viele vage Begriffe im Umlauf, die machen es schwer, sich damit genauer zu beschäftigen. Neben Crowdwork, Cloud-Work und Clickwork gibt es auch noch Gig-Economy, Sharing-Economy und noch einige mehr. Die einen meinen sie positiv und finden, dass gerade eine neue, bessere Zukunft entsteht. Sie stehen in der Tradition der Silicon-Valley-Ideologie, die vor allem den utopischen Moment der Technologien betont. Andere meinen sie negativ. Es gibt also all diese Begriffe und ich glaube, die Menschen werden von ihnen verführt, egal ob sie dafür sind oder Angst davor haben. Vor allem Journalisten mögen diese Begriffe.

NS: Lassen Sie uns trotzdem mal konkreter werden. Es gibt also Crowdwork, das heißt Arbeiter_innen suchen sich kurzfristige Beschäftigungen, sogenannte Gigs, über eine digitale Plattform wie TaskRabbit oder Uber.

UH: Das dachten wir auch. Die meisten Menschen bekommen ihre Jobs aber nicht von einer dieser Plattformen. Viele nutzen Nachbarschafts-Foren, wie nebenan.de, das sind Plattformen, die lokale Netzwerke organisieren oder Schwarze Bretter im Internet, wie Craigslist. Die verdienen aber nicht prozentual am ausgeführten Job, sondern am ehesten noch mit der Anzeige, die geschaltet wird. Auch heute noch läuft Crowdwork also viel informeller ab, als wir uns das am Anfang der Studie vorgestellt haben. Die meisten haben mehrere Jobs. Die Jobs, die sie über Plattformen, generieren, sind oftmals nur ein Nebenjob. Wir haben einen jungen Mann interviewt, der vor allem Möbel aufbaut. Jemand bestellt sich also was bei Ikea und bucht diesen jungen Mann entweder über TaskRabbit oder eine der Schwarzen-bretter-Seiten im Netz. Also warum nennen wie das eine Plattform und das andere nur Webseite. Die Grenzen sind sehr fließend, aber über diese Dinge müssen wir sprechen! Die Menschen, die so Jobs generieren, stellen ihr Einkommen aus verschiedenen Quellen zusammen. Die wenigsten sind nur Crowd-Arbeiter_innen.

NS: Was ist also Crowdwork?

UH: Crowdwork ist ein Teil der Arbeiten, die verzweifelte Menschen heute verrichten, weil sie überleben müssen, weil sie Geld brauchen. Viele verrichten Crowd-Arbeit sogar noch neben ihrem regulären Job. Die Austeritätspolitik der letzten Jahre, vor allem nach der letzten Finanzkrise, hat dazu geführt, dass die Löhne und Arbeitsbedingungen schlechter, die Lebenshaltungskosten aber gestiegen sind. Viele Menschen kommen nicht mit dem aus, was sie verdienen. In Europa üben etwa zehn Prozent der arbeitenden Bevölkerung einen Crowdwork-Job aus. Aber nur zwei bsi drei Prozent leben tatsächlich nur von Crowdarbeit. Das ist aber immerhin eine Person von 40. Ganz schön viele also.

NS: Wir müssen auch noch von einer anderen Perspektive auf Crowdarbeit schauen, nämlich: Wie

verändert Crowdarbeit andere Arbeitsverhältnisse?

UH: Das stimmt. Crowdarbeit ist entgrenzt, es gibt keine Trennung mehr zwischen Privatsphäre und Arbeitsplatz, zwischen Freizeit und Arbeit, der Crowdworker muss allzeit bereit sein. Genauso geht es vielen anderen Menschen, die außerhalb ihrer Arbeitszeiten Emails oder andere Nachrichten von Vorgesetzen oder Klienten bekommen oder Menschen, die Apps nutzen, um Arbeitsaufträge zu empfangen. Es gibt mittlerweile auch viele, die genau wie Crowdworker von guten Bewertungen abhängig sind. Crowdarbeit hat also Auswirkungen für alle Arbeiter_innen.

NS: Man muss also jede Arbeitsform regulieren, nicht nur Crowdwork?

UH: Wir brauchen neue, universelle Arbeiter_innenrechte. Gleichzeitig müssen Bewertungen auf Plattformen eingeschränkt oder untersagt werden. Es kann nicht sein, dass das Einkommen davon abhängt, wie er von einem Klienten bewertet wird. Datenschutz ist sehr wichtig, weil diese Plattformen unglaubliche viele Daten speichern und zwar sowohl von Arbeiter_innen aber auch von Kunden. Wir brauchen außerdem eine Definition von Selbstständigkeit. Die meisten Arbeitsformen, die heute darunter laufen, haben damit wenig zu tun. Es kann aber sowieso nicht sein, dass Selbstständige weniger Rechte und Sicherheit als Festangestellte haben. Wir müssen die Plattformen regulieren: Sie müssen entweder als Arbeitsvermittlungen oder eine Zeitarbeitsfirma gesehen werden oder sie sind normale Arbeitgeber. Wir brauchen bessere Gesetze, wir brauchen aber auch mehr Personal und Geld für Stellen, die diese Regularien durchsetzen. Das ist aber alles nichts Neues. Dafür kämpfen Arbeiter_innen seit 1880, als die Arbeiterbewegung ihre ersten Rechte durchgesetzt hat. Das ist übrigens nicht die einzige Gemeinsamkeit mit dieser Zeit. Auch damals sind die Arbeiter_innen wie heute die Gig-Arbeiter_innen von Job zu Job gezogen, ohne Sicherheiten und komplett ihren Chefs ausgeliefert. Es gab keine Gewerkschaften, die sie vertreten oder wo sie selber und gemeinsam mit anderen für ihre Rechte kämpfen konnten. Es gab keine Gesetze, die sie geschützt haben. Wir sollten uns also von dieser Zeit inspirieren lassen.

NS: Warum organisieren sich dann so viele Arbeiter_innen nicht einfach?

UH: Das ist heute tatsächlich viel schwieriger als früher, weil das Kapital auf eine globale Reservearmee zurückgreifen kann. Im eigenen Land sind das oft Migrant_innen, die nicht über ihre Rechte informiert sind, keinen legalen Status und generell weniger Auswahl auf dem Arbeitsmarkt haben. Und gerade im technologischen Sektor spielt es oft keine Rolle, wo die Arbeit ausgeführt wird, also werden Jobs in weniger entwickelte Länder ausgelagert. Vor allem Plattformen wie Clickworker oder Upwork machen das. Selbst wenn diese Plattformen also innerhalb der EU eingehegt würden, entziehen sie ihrer Arbeiterschaft diesen Regularien. Die Gewerkschaften müssen darauf reagieren, sie dürfen sich nicht nur für Mitglieder in ihren Landesgrenzen und mit gültigem Pass einsetzen, sonst ist die Solidarität kaputt. Insgesamt bin ich aber sehr positiv gestimmt: Die Geschichte des Kapitalismus besteht nicht nur daraus, wie Unternehmer ihren Profit maximiert haben, sondern auch aus den Kämpfen der Arbeiter_innen.

NS: Ein gutes Beispiel sind die die Essenskuriere von Foodora und Deliveroo. Vor ein paar Jahren hieß es noch, diese prekären Arbeiter_innen wären nicht organisierbar, jetzt organisieren sie sich sogar europaweit.

UH: Im Gegensatz zu anderen Plattform-Arbeiter_innen ist es für die Deliveroo-Fahrer aber sehr einfach. Sie treffen sich jeden Tag, sprechen miteinander, kennen sich und von dort aus ging es los. Für die, die zu Hause arbeiten und sogenanntes Clickwork machen, ist es schwieriger - wenn auch natürlich nicht unmöglich. Viele wehren sich ja auch, es steht nur nicht in der Presse.

NS: Das müssen sie erklären!

UH: Viele Arbeiter_innen hier in Großbritannien wehren sich mit bereits existierenden Gesetzen, also Gesetzen, die bereits von Arbeiter_innen erkämpft wurden. Natürlich gibt es welche die streiken, aber es gibt auch die, die ihre Arbeitgeber verklagen um vollständige Rechte als

Angestellte zu bekommen und nicht mehr als Selbstständige zu gelten. Sie kämpfen an vielen Fronten. Diese Arbeiter_innen als passiv darzustellen, ist eine komplett falsche Interpretation der bereits geführten Kämpfe. Gleichzeit erleben wir neue Arbeitskämpfe, die gegen die technologischen Plattformen geführt werden und die zu neuen Regulierungen innerhalb der EU und der USA führen werden. Bei Ihnen in Deutschland gibt es jetzt eine international einmalige Kampagne der IG Metall. Die Gewerkschaft trifft sich aktuell mit den acht großen Click-Plattformen, um über Arbeitsbedingungen und Regulierungen zu verhandeln.

NS: Sie sind tatsächlich sehr hoffnungsvoll.

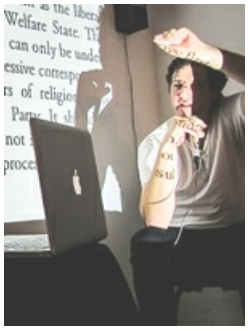
UH: Ich setze auf die nächste Generation. Die jungen Menschen von heute sind klug und wach, sie haben Prinzipien und wehren sich gegen die scheinbaren Ausweglosigkeiten, die ihnen vom Neoliberalismus aufgedrückt werden. Sie kennen die Kehrseiten von Selbstständigkeit und Flexibilität, für sie ist das kein Versprechen mehr, wie noch für ihre Elterngeneration, die in den 80ern die Bürokratie des Wohlfahrtsstaats verteufelt hat. Sie wissen, wie sich permanente Konkurrenz untereinander anfühlt und viele wollen so nicht mehr leben. Wir sehen in vielen Ländern mutige junge Menschen, die sich wehren, die anders leben wollen, die die Lügen nicht mehr glauben und das macht mir auf jeden Fall Hoffnung. Sie interessieren sich wieder für wirklich radikale Gesellschaftsveränderungen. Man muss sich nur mal anschauen, wie viele junge Leute sich für Bernie Sanders in den USA und Jeremy Corbyn hier in Großbritannien begeistern und sie begeistern sich nicht nur, viele engagieren sich in Mieten- oder anderen Kämpfen. Sie haben keine Scheu, sich zu organisieren. Nicht alles, was ich aufgezählt habe, ist schon kohärent, aber mich stimmt das sehr hoffnungsvoll! Ich hoffe ich bin nicht zu optimistisch, aber es fühlt sich so an, als ob der die Tage des Neoliberalismus gezählt wären.

**

Ursula Huws ist Professorin für Arbeits- und Globalisierungsforschung an der Universität von Hertfordshire in Großbritannien. Sie veröffentlichte vor kurzem zwei Studien zu den Arbeitsbedingungen in der europäischen Gig-Ökonomie und auf Crowdworking-Plattformen. Das Interview führte Nina Scholz. Es erschien erstmals im April 2018 im Magazin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, online einsehbar hier.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Wir müssen die Plattformen regulieren". Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1489. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Automatisierung damals und heute



Essay von Jason E. Smith

Warum im digitalen Kapitalismus nicht alles neu ist und weshalb der derzeitige Technologieschub mehr Jobs schaffen als vernichten wird.

Essay von Jason E. Smith

Alle 30 Jahre das gleiche Lamento. Die Angst vor technologischen Innovationen und damit verbundene Entlassungswellen kehrte im vergangenen Jahrhundert regelmäßig zurück. Interessanterweise wurden solche Bedenken vor allem von den Gesandten der herrschenden Klasse vorgebracht und keineswegs von jenen, die dem Risiko der Arbeitslosigkeit tatsächlich ausgesetzt gewesen wären. Schon 1930 schrieb Lord Keynes von der „neuen Krankheit" der „technologischen Arbeitslosigkeit", welche eine Gesellschaft heimsuchte, die ansonsten die Früchte des technologischen Fortschritts erntete: die allumfassende Elektrifizierung der Industrie, die breite Nutzung von Verbrennungsmotoren auf neu asphaltierten Straßennetzen, die Wunder häuslicher Sanitäranlagen sowie die massenhafte Verfügbarkeit von billigem Stahl als Baumaterial.

Die nächsten Sorgenfalten wurden Mitte der 1950er Jahre sichtbar, als sich die technologischen Quantensprünge der 1930er nachhaltig bemerkbar zu machen begannen: Die Aussicht auf Atomstrom zeichnete sich ab und die ersten Computer wurden mit schwerer Produktionsmaschinerie verdrahtet. Aufsätze, Studien und Bücher über die Wunder der Kybernetik erschienen in Hülle und Fülle. Eine boomende Industrie der Populär-Soziologie spekulierte mit dem größten Optimismus über eine vor der Tür stehende „Freizeit-Gesellschaft".

Die für die Kapitalistenklasse so typische Faszination für die Kräfte der Technologie wurde nur durch das vermeintliche Schicksal jener Arbeiter_innen getrübt, die aus der Produktionssphäre hinausbefördert werden sollten. Sorgen bereitete vor allem die Aussicht auf Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Verelendung und eine damit einhergehende Zuspitzung des Klassenwiderspruchs. Jene, die diese Situation durch die Brille der Kapitalistenklasse betrachteten, fürchteten vor allem eine Konsumptionskrise, sprich: Eine Masse an Arbeiter_innen, die – ihres Lohnes beraubt – nicht in der Lage wären, all die günstigen Waren zu kaufen, die von den wunderbaren Maschinen hergestellt wurden.

Nur ein Jahrzehnt später – Ende der 1960er Jahre – begannen viele dieser sorgenvollen Beobachter_innen mit der fröhlichen Verkündung eines kommenden postindustriellen Zeitalters. In den 1970ern schließlich wurden Zehnmillionen von Frauen auf den Arbeitsmarkt geworfen. Meist fanden sie sich in Bürotätigkeiten und Unternehmensdienstleistungen wieder. Persönliche Dienstleistungen, die vormals als unbezahlte Haus- oder Reproduktionsarbeit verrichtet wurden, wurden nun in Waren verwandelt. In den 1990ern schließlich – just als die „New Economy" Schwung aufnehmen sollte und die „Dotcom-Blase" anzuschwellen begann – schwappte erneut eine Welle der Sorgen und Nöte über die Plappermäuler der herrschenden Klassen hinweg. Abermals mit perfektem Timing. Bezeichnend war ein Artikel aus dem *Wallstreet Journal*, der hastig in die altbekannte Leier einstimmte: „technologischer Fortschritt ist heute so rasant, dass Unternehmen weit mehr Arbeiter entlassen können als sie anstellen müssen, um neue Technologien einzuführen oder Verkaufszahlen zu erhöhen".

Jeremy Rifkins 1995 erschienenes Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“, das auf einen „nahezu automatisierten“ Dienstleistungssektor gegen Mitte des 21. Jahrhunderts baute, fand in intellektuellen Diskursen ebenso weite Verbreitung wie in Wirtschaftsmagazinen. In wirtschaftsstarken Ländern haben seit der Veröffentlichung von Rifkins Buch jedoch Millionen von Arbeiter_innen Beschäftigungen im Dienstleistungssektor aufgenommen, während die industrielle Produktion weiter zusammenschrumpfte. Zugleich legten Millionen von chinesischen Bauern und Bäuerinnen ihre eigene „Große Wanderung“ hin und strömten in die emporschießenden Städte des riesigen Landes. Tagein tagaus haben sie seither ihre Arbeitskraft gegen Yuan eingetauscht.

Eine Welt ohne Arbeit?

Ganz dem Zyklus folgend gab es seit dem globalen Wirtschaftskollaps von 2008 und insbesondere in den vergangenen fünf Jahren nun wieder eine Schwemme von Artikeln und Büchern, die die Wunder und Fallen eines bevorstehenden Aufstiegs der Roboter beschreiben. Mitunter wird behauptet, dass wir gerade ein „zweites Maschinenzeitalter“ (Brynjolfsson/McAfee 2014) durchleben, obwohl vor einem halben Jahrhundert – in den 1960er Jahren – bereits die „dritte industrielle Revolution“ ausgerufen wurde. Während jener erste technologische Quantensprung, der durch die Verschmelzung von Automatisierung und Atomkraft entfesselt wurde, inmitten eines explosionsartigen ökonomischen Wachstums behauptet wurde, folgen heutige Übertreibungen auf eine beinahe fatale Finanzkrise.

Derzeitige Trends deuten darauf hin, dass diese wirtschaftliche Flaute keineswegs überwunden ist. Tatsächlich gab es seit 1999 – dem Höhepunkt der sogenannten „Dotcom-Blase“ – einen Rücklauf an privaten Investitionen in Software und Computerequipment um ganze 25 Prozent. Heute sind diese Investitionen so schwach wie zuletzt 1995. Dem Großteil der Beobachter_innen entgeht diese Lage nicht. Sie haben ihre liebe Mühe, die Potentiale und Gefahren von selbstlernenden Algorithmen (die angeblich in der Lage sind, ihre eigenen Programme zu schreiben) mit den Entwicklungen am Boden der ökonomischen Tatsachen in Übereinstimmung zu bringen. In den USA erholen sich die Beschäftigungsraten erst seit kurzem wieder. Anderswo, vor allem in Südeuropa, bleiben sie auf einem historischen Tiefstand. Diese Jobverluste haben allerdings weniger mit der „Rache der Roboter“ zu tun als vielmehr mit der Fülle an brachliegendem Kapital.

Einige der jüngeren linken Auseinandersetzungen mit dem strukturellen Drang nach Ersetzung von menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen haben einen anderen Weg eingeschlagen. Autoren wie Antonio Negri sehen die Veränderungen in der Zusammensetzung des Kapitals in einem ganz und gar positiven Licht und lesen die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals durch die Brille von Marx’ sogenanntem „Maschinenfragment“ aus dem Jahr 1858. Dabei im Mittelpunkt: das „monströse Missverhältnis“ zwischen der Produktivität von computergesteuerter großer Maschinerie und der verschwindenden Menge an Arbeitszeit, die es braucht, um diese Systeme in Bewegung zu setzen. Eine weitverbreitete Spielart dieses Standpunkts malt sich etwa eine automatisierungsbedingte „Abschaffung der Arbeit“ aus. Die daraus folgende Massenarbeitslosigkeit solle durch die Einführung eines staatlichen bedingungslosen Grundeinkommens abgefedert werden. Solche Zahlungen, so der Gedanke, würden die unantastbare Verbindung zwischen Lohn und Arbeitszeit nach und nach auflösen, indem zugleich die Nachfrage angeregt und die Produktion auf ein Minimum reduziert wird.

Vollautomatisierter Luxus-Kommunismus: Eine sozialdemokratische Idee

So kündigt auch Nick Srnicek und Alex Williams’ aktuelles Buch „Die Zukunft erfinden“ eine post-kapitalistische Welt ohne Arbeit an. In ganz eigener Weise führen sie dabei die oben beschriebenen Gedanken von Negri fort. Die vollständige Automatisierung der „Ökonomie“ – ein Begriff, dem Srnicek und Williams nicht näher nachgehen – wird zu ihrem programmatischen Kernanliegen.

Genau wie die Mainstream-Meinungen, die sie reproduzieren, sehen sich auch Srnicek und Williams gezwungen, einem tiefliegenden Widerspruch gegenüberzutreten: Denn trotz allen Hypes um Big Data, das Internet der Dinge und Fabriken ohne Arbeiter_innen werden weiterhin bestenfalls laue Wachstumsraten verzeichnet, insbesondere, wenn man sie mit ihrem Hoch zu Mitte des 20. Jahrhunderts vergleicht. Srnicek und Williams zufolge ist das Ersetzen von Menschen durch Maschinen daher „etwas, das linke Politik aufgreifen, begeistert begrüßen und beschleunigen sollte“ (Srnicek/Williams 2016, S. 178).

Genau an dieser Stelle stoßen wir jedoch auf das Grundproblem in Srnicek und Williams' Zukunftsvision. Ihr Versuch, die Verzögerungen bei der Einführung von Automatisierungstechnologien zu erklären, ist allenfalls halbherzig und treibt sie zu allerhand geistigen Verrenkungen. Es sei „hochwahrscheinlich“, schreiben sie etwa, „dass niedrige Löhne die Bereitschaft hemmen, in produktivitätssteigernde Technologien zu investieren“ (Srnicek/Williams 2016, S. 183). Das ist ohne Zweifel ein Faktor, den es zu bedenken gilt: Warum sollten Konzernleiter_innen in fixes Kapital investieren, das über die Jahre hinweg an Wert einbüßt, wenn schwach regulierte Arbeitsmärkte es gestatten, billige Arbeitskraft in Sekundenschnelle zu rekrutieren und, falls nötig, auch wieder vor die Tür zu setzen? Dieser Logik folgend argumentieren Srnicek und Williams weiter: Um „der Forderung nach umfassender Automatisierung Nachdruck zu verleihen, ist es unumgänglich, weltweit zugleich für höhere Löhne zu kämpfen“ (ebd.).

Ganz abgesehen von der Herkulesaufgabe, einen Arbeitskampf quer über den ganzen Planeten zu organisieren, um höhere Löhne zu erstreiten, bleibt dieser Vorschlag letzten Endes rätselhaft. Anstatt sich zu fragen, warum Niedriglohnjobs und Menschen, die sich gezwungen sehen in diesen zu arbeiten, überhaupt so zahlreich sind oder warum diese Arbeiter_innen nicht in der Lage sind, sich innerhalb des Niedriglohnsektors zu organisieren, legen die zwei Autoren nahe, dass höhere Lohnniveaus allein durch politische Anordnung oder bürokratisches Dekret erzielt werden sollten. Doch das wäre, dieser Logik folgend, nur ein Zwischenschritt: Sollten Arbeitgeber_innen dazu gezwungen werden, höhere Löhne zu zahlen, dann würde sie das ebenso dazu bringen, Automatisierungstechnologien einzuführen. Der Zwang zu höheren Lohnzahlungen würde also den „gewünschten“ Effekt der Massenarbeitslosigkeit nach sich ziehen. All die, die soeben höhere Löhne eingeheimst haben, hätten sogleich auch ihre Arbeit verloren. So viel zur strategischen Weitsicht des sozialdemokratischen Akzelerationismus.

Wir müssen dieses Problem vom Kopf auf die Füße stellen. Die Verzögerung bei der Umsetzung vollständiger Automatisierung über alle Wirtschaftsbereiche hinweg und die entsprechende lang anhaltende Verzögerung bei Produktivitätssteigerungen müssen vom Standpunkt der Dynamiken des globalen Kapitalismus als *Ganzes* betrachtet werden. Gegenwärtige Spekulationen über die Versprechen und Gefahren der Automatisierung stehen einer fortwährenden Akkumulationskrise gegenüber. Es ist diese wirtschaftliche Großwetterlage, die verhindert, dass eine stellenweise Einführung von Automatisierungstechnologien weder größere Teile der Menschheit vom Arbeitszwang befreien noch jene Art von Massenarbeitslosigkeit auslösen wird, wie sie sich verschiedene Theoretiker_innen im Laufe des vergangenen Jahrhunderts immer wieder ausgemalt haben. Das technologische Potenzial, die meisten wenn nicht gar alle Beschäftigungen automatisieren zu können, sei angeblich schon vorhanden. Diese Überzeugung wird von vielen in der Linken geteilt. Entsprechend dieser Einschätzung ist jegliche Verzögerung bei der Umsetzung ausschließlich „Fehlern in der Regierungspolitik“ geschuldet: Es brauche nur den richtigen Mix aus sozialdemokratischen Anpassungen (kürzere Arbeitswochen, höheren Mindestlohn, Grundeinkommen und so weiter) sowie die richtigen „politischen Weichenstellungen“, um eine Welt der „knappen Arbeitsmärkte“ und einen guten Lebensstandard für alle zu erreichen.

Meine Analyse nimmt einen anderen Ausgangspunkt. Sie beginnt mit folgenden Fragen: Warum sind – trotz all der Schaumschlägerei um Produktivitätspotenziale, die angeblich in Entwicklungszentren und Testlaboren verborgen liegen – in den vergangenen 15 Jahren die

Investitionen in Informationstechnologien ebenso gesunken wie die Produktionsleistungen in IT-gestützten Herstellungsverfahren? Warum stammt fast jeder Beschäftigungszuwachs seit 1990 – ganze 96 Prozent – aus Branchen, „von denen man entweder weiß, dass sie niedrige Produktivitätsraten verzeichnen oder diese aufgrund fehlenden Wettbewerbs oder ungenauer Messverfahren nur vermutet werden können“ (Klein 2016)? Warum stammen ganze 94 Prozent des Beschäftigungszuwachses in den USA seit 2000 aus Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen, Sozialhilfe, Gastronomie und Einzelhandel – sprich: aus dem schier unüberschaubaren, zusammengewürfelten und – allen voran – technologisch stagnierenden Dienstleistungssektor?

Von der Industrie zum Dienstleistungssektor

Es überrascht kaum, dass fast alle Beobachter_innen der kommenden Automatisierungswelle dahingehend argumentieren, dass die Berufe, denen es angeblich massenweise an den Kragen gehen soll, fast ausschließlich aus dem Dienstleistungssektor stammen. Bei aller Ungleichheit in Sachen Löhne und Qualifizierungsgrad definiert sich der Dienstleistungssektor vor allem durch ein gemeinsames Merkmal: seine technologische Rückständigkeit. Im Gegensatz zu kapitalintensiver industrieller Produktion und Landwirtschaft verzeichnet der Dienstleistungssektor durchgehend schwaches Produktivitätswachstum. Die Grundannahme all jener Abhandlungen, die vor den Gefahren einer bevorstehenden Automatisierung weiter Teile der Wirtschaft warnen, lautet: Das Schema, welches man im 20. Jahrhundert in der industriellen Fertigung beobachten konnte, wird nun auch den Dienstleistungssektor heimsuchen. Mit anderen Worten: Es wird angenommen, dass sich ein Sektor, der technologischer Innovation beständig widerstanden und Jahr für Jahr nur minimales Produktivitätswachstum verzeichnet hat, in ein dynamisches, technologisch fortschrittliches Produktionsfeld verwandeln wird.

Jeremy Rifkins Vorhersage aus dem späten 20. Jahrhundert, dass der Dienstleistungssektor bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts beinahe vollständig automatisiert sein wird, wird nicht nur von den meisten populärwissenschaftlichen Texten zum Thema, sondern auch von vielen Linken als bevorstehendes Erlösungsversprechen aufgenommen. Auch Srnicek und Williams verwenden in „Die Erfindung der Zukunft“ nur wenig Energie darauf, den Eigenheiten des Dienstleistungssektors genauer nachzugehen. Wie die meisten Autor_innen, die zu diesem Thema schreiben, stützen sie sich allein auf eine Studie der Martin School der Universität Oxford aus dem Jahr 2013, die prophezeit, dass 47 Prozent aller US-amerikanischen Jobs „Gefahr laufen“, automatisiert zu werden. Andere Untersuchungen wiederum fahren noch drastischere Prognosen auf und setzen die Messlatte auf nahezu 80 Prozent in der nahen Zukunft. Diese Schilderung, die von fast allen Autor_innen unabhängig von ihren politischen Orientierungen oder Motivationen geteilt wird, stützt sich allein auf eine einzige unhinterfragte Annahme: dass jener Wirtschaftssektor, der im vergangenen Vierteljahrhundert nahezu jede neue Beschäftigungsmöglichkeit auf sich zog, bald schon von einer Legion „intelligenter“ Maschinen dezimiert werden wird.

Jeder ernsthafte Versuch, den Eigenheiten der Serviceindustrie auf die Schliche zu kommen, endet mit der Einsicht, dass der Sammelbegriff des „Dienstleistungssektors“ einer genaueren Betrachtung selbst nicht standhält. Die Serviceindustrie macht bis zu vier Fünftel der Beschäftigung in den USA und ähnlich einkommensstarker Länder aus. Hier wird eine enorme Anzahl ökonomischer Aktivitäten vermischt, die nicht nur in Bezug auf Lohn- und Qualifizierungsniveaus enorm variieren, sondern auch in Sachen geographischer Lage, Unternehmensgröße und dem Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Insofern ist jegliche Definition des Dienstleistungssektors zu aller erst negativ: Es geht um alles, was weder etwas mit Landwirtschaft noch mit industrieller Produktion zu tun hat.

Die verschiedenen Beschäftigungsverhältnisse *innerhalb* des Servicesektors wiederum sind von einer tiefen Spaltung gekennzeichnet: Unternehmensdienstleistungen auf der einen, persönliche Konsumdienstleistungen auf der anderen Seite. In ersteren finden wir eine Reihe von Aufgaben, die von Design-, Buchhaltungs- und Überwachungs- bis hin zu Bürotätigkeiten und

Verkehrsdienstleistungen reichen. Während solche und ähnliche Tätigkeiten in der Vergangenheit von Produktionsfirmen selbst erledigt wurden, werden sie heute oft an externe Firmen ausgelagert, die sich auf die Bereitstellung von Serviceleistungen spezialisiert haben. Im Laufe der vergangenen 40 Jahre tendierten kapitalistische Unternehmen zunehmend dazu, Prozesse der Arbeitsteilung in einer Weise zu verfeinern, die es ermöglicht, Aufgaben zunehmend auszulagern.

Der Konzern Apple beispielsweise besitzt nicht eine einzige Fabrik. Nur ein verschwindend geringer Teil des Verkaufspreises von Apple-Produkten ist auf den ausgelagerten Fertigungsprozess in China zurückzuführen, in dem Teile verbaut werden, die wiederum an anderen Orten hergestellt wurden. Das führt dazu, dass Aktivitäten statistisch dem Dienstleistungssektor zugerechnet werden, obwohl viele – etwa Forschung und Design, aber auch Fernverkehr und Schiffstransport – Teil eines erweiterten Herstellungsprozesses sind. Wenn also ein erheblicher Teil dessen, was von Ökonom_innen unter der Kategorie „Dienstleistung“ verbucht wird, eigentlich ausgelagerte Herstellungsprozesse sind, dann muss der statistische Beschäftigungszuwachs im Dienstleistungssektor zumindest teilweise als Ergebnis einer zunehmend verzweigten Arbeitsteilung auf globaler Ebene gesehen werden.

Andererseits lagern Firmen wie Apple, die – zumindest nominell – als Hersteller geführt werden, ihre Produktion weitgehend aus und spezialisieren sich auf die Bereitstellung von Dienstleistungen für ihre Produkte. Solche Dienstleistungen – man denke nur an Apples Musikstreaming-Portal iTunes – versprechen oftmals höhere Gewinnraten als die Produkte selbst. Beispiele wie diese zeigen auf, dass die statistische Trennung von Herstellungsprozessen auf der einen und Dienstleistungen auf der anderen Seite die Sicht auf die gegenseitige Verschränkung beider Bereiche als gegliedertes Ganzes versperrt. Die Geschichte der Automatisierung legt eine komplexe Dynamik zwischen diesen beiden Teilbereichen nahe, deren zyklische und spiralförmige Muster es verlangen, sie in enger Wechselseitigkeit zueinander zu verstehen.

Ganz ähnlich sieht es aus, wenn wir uns auf die andere Seite des Servicesektors bewegen – jene, die auf individuelle Konsument_innen zielt. Erinnern wir uns: Im 19. Jahrhundert waren Berufe im persönlichen Dienstleistungssektor verbreiteter als Beschäftigungsverhältnisse in der industriellen Fertigung. Das Zusammenschrumpfen des persönlichen Dienstleistungssektors im Laufe des 20. Jahrhunderts ist zum Großteil darauf zurückzuführen, dass diese Tätigkeiten in sehr spezieller Art und Weise „automatisiert“ wurden: nämlich dadurch, dass sie in einzelne Produktionsgüter umgewandelt wurden. Allerdings erzeugte das Ersetzen von Dienstleistungen durch Waren – Waschmaschinen statt Haushaltshilfen, das eigene Auto statt kollektivem Bahnverkehr, massenproduzierte Hamburger statt selbstgekochter Mahlzeiten – zugleich einen Anstieg in verwandten Dienstleistungen wie Vertrieb, Marketing, Reparatur oder von Versicherungen und Krediten für Endverbraucher. Ein Großteil dessen, was wir als Dienstleistungs-Ökonomie kennen, ist ein direkter, eng verknüpfter Effekt einer vorherigen Automatisierung von Dienstleistungen. Man könnte gar von einem dialektischen Muster sprechen, in dem ein erster Begriff (persönliche Dienstleistungen) in sein Gegenteil übergeht (massenproduzierte Waren), wodurch eine neue, veränderte Variante des ersten Begriffs entsteht (ein neues oder erweitertes Feld an Dienstleistungen). Erst heute werden diese neuen Beschäftigungen im Dienstleistungsbereich entlang kapitalistischer Kriterien organisiert, was im 19. Jahrhundert in der Regel nicht der Fall war.

Küsse gegen Bezahlung

Wenn wir zu jener Zweiteilung des Dienstleistungssektors zurückkehren, von der wir unseren Ausgang genommen haben, dann lässt sich die Vermutung anstellen, dass es vor allem Unternehmens- und professionelle Dienstleistungen sein werden (Tätigkeiten in der Buchhaltung, im Finanzwesen, der Datenverwaltung und so weiter), die mit größter Wahrscheinlichkeit einer erneuten Welle der Automatisierung zum Opfer fallen werden. Ob diese Beschäftigungsfelder nennenswertes Produktivitätswachstum erzielen können, ist eine gänzlich andere Frage. Wenn wir

davon ausgehen, dass Innovationen im Bereich der Lernfähigkeit von Maschinen und künstlicher Intelligenz Fortschritte in diesen Feldern machen werden, dann werden die von den Maschinen ausgebooteten Arbeiter_innen in schlecht bezahlte und prekäre Konsum- und Endverbraucherdienstleistungen verdrängt werden.

Traut man den Voraussagen der US-amerikanischen Behörde für Arbeitsstatistiken, dann könnte diese Abwanderung bereits begonnen haben. Die meisten Voraussagen über die Automatisierung des Dienstleistungssektors vernachlässigen nicht nur die spezifischen Eigenheiten dieses Sektors, sie setzen zudem stillschweigend voraus, dass Anzahl und Art von Beschäftigungen begrenzt und fixiert sind. Das Gegenteil ist der Fall: Die Kolonisierung menschlicher Aktivitäten durch den Dienstleistungssektor hat mit aller Wahrscheinlichkeit gerade erst begonnen. Prinzipiell lässt sich die gesamte Bandbreite menschlicher Aktivitäten in kleinere Teilbereiche zerlegen. Diese Teilbereiche können dann in Beschäftigungen verwandelt und entlang kapitalistischer Prinzipien organisiert werden. In Reaktion auf den Bericht der Oxford Martin School über die „Computerisierung" gegenwärtiger Berufe, schreibt Paul Mason, dass – sollte auch nur die Hälfte dieser Jobs tatsächlich ausgelöscht werden – das Ergebnis wohl weniger in Massenarbeitslosigkeit bestünde, sondern vielmehr in einer schwindelerregenden Explosion des „menschlichen Dienstleistungssektors".

Vieles dessen, was wir im Moment noch umsonst tun, müsste in Lohnarbeit verwandelt werden. Neben sex work könnte es auch „Liebes- und Zuneigungsarbeit" geben. Ansätze davon lassen sich schon heute erkennen – etwa in Phänomenen wie angestellten Freund_innen, kommerziellen Gassi-Geher_innen, privaten Reinigungskräften, Gärtner_innen, Caterern und persönlichen Pförtner_innen. Die Reichen sind bereits von solch postmodernem Personal umgeben. Wenn allerdings ganze 47 Prozent aller Tätigkeiten ersetzt werden sollen, dann erfordert das eine schiere Massenkommerzialisierung des menschlichen Alltagslebens. Eine solche Kommerzialisierung würde tief in die Poren des Alltagslebens reichen und jeglichen Widerstand zu einem Verbrechen machen. Menschen, die sich unentgeltlich küssen, wären so zu behandeln wie Wilderer im 19. Jahrhundert. Keine schönen Aussichten.

**

Der Text ist eine übersetzte und gekürzte Version eines zweiteiligen Essays, der 2017 bei The Brooklyn Rail erschien. Zum ersten Teil des Essays geht es hier, zum zweiten hier.

Zum Weiterlesen

Brynjolfsson, Erik/McAfee, Andrew (2014): The Second Machine Age. Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird. Plassen Verlag, Kulmbach.

Klein, Matthew C. (2016): The great American make-work programme. In: Financial Times. Online einsehbar hier.

Rifkin, Jeremy (2004): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Fischer Verlag, Berlin.

Srnicek, Nick/Williams, Alex (2016): Die Zukunft erfinden. Postkapitalismus und eine Welt ohne Arbeit. edition Tiamat, Berlin.

Zitathinweis: Jason E. Smith: Automatisierung damals und heute. Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1488. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

In der Datenfabrik

Nick Srnicek
Plattform-Kapitalismus

Wie könnte eine post-kapitalistische Plattform-Ökonomie aussehen? Antworten auf diese Frage sucht man in dem vieldiskutierten Buch leider vergebens.

Rezensiert von Clara Wolff und Jonas Pentzien

Nick Srnicek ist Dozent am Londoner King's College, wo er sich mit Fragen der digitalen Ökonomie befasst. Das 2017 erschienene und nun ins Deutsche übersetze „Plattform-Kapitalismus" stellt eine Art „Entstehungsgeschichte" der digitalen Ökonomie dar und ergänzt damit frühere Werke des Autors, die vor allem die mögliche Überwindung des Kapitalismus in den Blick nehmen. Während „Die Zukunft erfinden" (Srnicek/Williams, 2016) beispielsweise einen durch technologische Beschleunigung herbeigeführten Übergang zu einem vollautomatisierten Luxuskommunismus prophezeit, fragt „Plattform-Kapitalismus" nach den sozialen und organisationalen Auswirkungen, die die verstärkte Einbindung von Informationstechnologien in die kapitalistische Produktionsweise im Hier und Jetzt mit sich bringt.

Im Mittelpunkt von Srniceks Überlegungen stehen sogenannte Plattformen, die die vermeintlichen Dreh- und Angelpunkte einer verstärkt wissensbasierten und digitalen Marktordnung darstellen. Plattformen werden von Srnicek als digitale Infrastrukturen charakterisiert, die sich als Schnittstelle zwischen zwei oder mehrere Nutzungsgruppen – wie Kund*innen, Werbetreibende, Dienstleister*innen, Produzierende, Lieferant*innen oder physische Objekte – schalten und Interaktionen zwischen diesen ermöglichen. Während einige dieser Plattformen wie Facebook oder Google dabei auf Werbung als Einnahmequelle setzen und die Analyse und Weiterverarbeitung der auf ihren Plattformen gewonnenen Daten in den Mittelpunkt ihres Geschäftsmodells stellen (Werbeplattformen), fokussieren „schlanke Plattformen" wie Airbnb oder Uber primär darauf, Anbieter*innen und Konsument*innen von Dienstleistungen zusammenzubringen, wobei sie einen Teil der in diesen Transaktionen generierten Renten abschöpfen.

Srnicek verfolgt mit dem Buch zwei Ziele: Zum einen zeichnet er nach, wie und warum Plattformen überhaupt zur zentralen Organisationsform des digitalen Kapitalismus werden konnten. Zum anderen versucht er zu begründen, warum einige Plattformen wie Apple oder Siemens, die eigene Dienstleistungen bereitstellen, das Potential haben, die zukünftigen Motoren ganzer Volkswirtschaften zu werden, während „schlanke Plattformen" wie Airbnb und Uber, die keine eigenen Produkte bereitstellen, trotz ihres derzeit rasanten Wachstums keine langfristige Überlebensperspektive haben.

Uber, AirBnB und Co: Das Plattformmodell

Der Ausgangspunkt für Srniceks Wirtschaftsgesichte des digitalen Kapitalismus ist das Ende der „goldenen Jahre". Also jenes wirtschaftliche Hoch, das hierzulande als sogenanntes „Wirtschaftswunder" nach dem zweiten Weltkrieg begann und Ende der sechziger Jahre abflachte. In Reaktion auf die darauffolgenden Krisen griffen Staaten vor allem zu geldpolitischen

Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der umlaufenden Geldmenge führten. Gleichzeitig lagerten Unternehmen vermehrt Arbeitsprozesse aus, um sinkenden Profiten entgegenzuwirken. In ihrem Zusammenspiel trieben diese Maßnahmen die Weiterentwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien voran und trugen zum Aufbau der Infrastruktur bei, die der heutigen digitalen Ökonomie zugrunde liegt.

Neben der Möglichkeit, verstärkt Arbeitsplätze auszulagern, bietet die digitale Ökonomie Srnicek zufolge eine weitere zentrale Ressource zur Profitgenerierung – Daten. Diese können von Firmen nicht nur zur Optimierung von Produktionsprozessen herangezogen werden, sondern sie erlauben es auch, die Präferenzen von Kund*innen besser nachzuvollziehen und sich dadurch Wettbewerbsvorteile gegenüber der Konkurrenz zu verschaffen. Aufgrund dieser Eigenschaften seien Daten für Unternehmen im Speziellen und den Kapitalismus im Allgemein in den vergangenen Jahren unabdingbar geworden.

Wie aber hängen Daten und Plattformen zusammen? Plattformen vermitteln den Zugang zu Produkten oder bieten die Leistung ganzer Abteilungen von Unternehmen als on-demand Dienstleistungen an. Aufgrund ihrer Eigenschaft als Schnittstellen können sie sich Zugang zu Informationen über alle Nutzungsgruppen verschaffen – Plattformen sind somit laut Srnicek vor allem „Instrumente, um Daten zu gewinnen“ (S. 51).

Wie genau Plattformen dieser Funktion nachkommen, ist unterschiedlich. Srnicek identifiziert fünf verschiedene derzeit vorherrschende Typen von Plattformen. Industrielle Plattformen wie Siemens’ MindSphere stellen die Hard- und Software bereit, um traditionelle industrielle Produktionsprozesse effizienter zu gestalten. Produktplattformen bieten physische oder immaterielle Waren als Dienstleistung an – bekannte Beispiele sind Carsharing-Plattformen. Cloud-Plattformen wie Amazon Web Services haben das Ziel, eine grundlegende Infrastruktur für die digitale Ökonomie aufzubauen und diese anderen Unternehmen gegen Bezahlung zur Verfügung zu stellen. Hinzu kommen die bereits genannten Typen der Werbeplattformen (wie Facebook und Google) und der schlanken Plattformen, beispielsweise Airbnb.

Auf den ersten Blick scheinen sich die Geschäftsmodelle der Plattformen also zu unterscheiden. Srnicek macht jedoch klar, dass die oben beschriebenen Modelle – also die Vermittlung von Transaktionen – eher als Mittel zur Extraktion von Daten zu verstehen sind. Diese Datenextraktion und die anschließende Verarbeitung stellt das eigentliche Geschäftsmodell der Plattformen dar, in dem sich die unterschiedlichen Typen strukturell gleichen. Infolgedessen prophezeit er, dass es zu einer Verstärkung des Konkurrenzkampfs zwischen Plattformen – auch unterschiedlichen Typs – um die Kontrolle über Schlüsselpositionen digitaler Ökosysteme kommen werde.

Die Folge: Dominante Plattformen bauen voneinander abgeschottete digitale Systeme auf, die immer mehr Aktivitäten integrieren und sich demnach immer ähnlicher würden. Eine Vorreiterrolle nimmt hier Apple ein, dessen verschiedene, aufeinander abgestimmte Hardware-Produkte kaum kompatibel mit anderen Systemen sind. Das zwingt Nutzer*innen eines Apple-Produkts dazu, langfristig alle nachgefragten Dienste und Geräte von Apple zu beziehen.

Dieser Effekt wird verstärkt durch eine weitere zentrale Eigenschaft von Plattformen: Sie weisen Netzwerkeffekte auf. Das bedeutet, dass der Wert, den die Dienste der Plattform für jede einzelne Nutzer*in bieten, umso mehr steigt, desto größer die Gesamtanzahl der Nutzer*innen ist. Ein soziales Netzwerk beispielsweise wird umso attraktiver, je mehr Personen darauf anzutreffen sind. Infolgedessen sind Situationen, in denen mehrere kleine Plattformen dieselbe Funktion erfüllen, sehr unwahrscheinlich. Es existieren also Tendenzen zu Monopolen.

Kooperative Plattformen – ein hehres Ziel?

Die beschriebenen Tendenzen zu Monopolisierung und abgeschotteten Ökosystemen stellen den

Kern der Kritik Srniceks an den derzeitigen Entwicklungen des Plattform-Kapitalismus dar. Als Antwort diskutierten Kritiker*innen in den vergangenen Jahren verstärkt die Idee des Plattform-Kooperativismus, also einer Demokratisierung der Eigentumsmodelle digitaler Plattformen. Srnicek schätzt die Potenziale dieser Idee jedoch als gering ein, da die Macht bereits existierender Plattformen aufgrund der oben beschriebenen Netzwerkeffekte bereits zu groß sei, als dass sich solche Kooperative durchsetzen könnten. Als einzigen potenziellen Gegenspieler sieht er stattdessen den Staat, der mittels Kartellverfahren und Regulierung mächtige Plattformen schwächen solle. Darauf aufbauend skizziert er eine Utopie öffentlicher Plattformen, die „im Besitz des Volkes sind und von ihm kontrolliert werden" (S. 127). Dabei sollen sie „keiner staatlichen Überwachung unterliegen" (S. 127).

Wie genau diese von ihm als „post-kapitalistisch" (S. 127) titulierten Plattformen in staatlicher Hand aber gestaltet werden sollen, lässt er offen. Dabei irritiert, dass sich das von Srnicek skizzierte Problem der Netzwerkeffekte auch für öffentliche Plattformen stellt – zumindest solange private Plattformen nicht explizit von staatlicher Seite verboten werden. Letzteres würde bedeuten, dass es zu einer Komplettverstaatlichung existierender Plattformen und einer darauf aufbauenden Schließung der relevanten Märkte für private Akteur_innen kommen müsste. Ob das mit Srniceks Forderung, wir „sollten […] heute die Plattformen kollektivieren" (S. 127), gemeint ist, bleibt unklar. Auch die Frage, wie sich eine solche Verstaatlichung zu dem Problem der Datensicherheit auf Werbeplattformen wie Facebook verhalten würde, adressiert Srnicek kaum. Ist es im Zeitalter neuer Polizeigesetze wirklich eine attraktive Option, unsere persönlichen Daten zwar nicht mehr dem Silicon Valley, dafür aber dem Nationalstaat zu überlassen?

Politische Schwachstellen

„Plattform-Kapitalismus" überzeugt vor allem durch die zugängliche Herausarbeitung der fünf Plattform-Typen. Dabei arbeitet Srnicek eine interessante Kritik schlanker Plattformen heraus. Da diese selbst keine Produkte anbieten, sondern eine reine Vermittlungsfunktion haben, ist ihre Marktposition leicht durch neue Unternehmen angreifbar. Um diese Angriffe abzuwehren, müssen sie kostenintensive Strategien gegen potentielle Konkurrent*innen verfolgen. Dafür nehmen sie Verluste in Kauf, die nur durch immer neue Investitionen von Risikokapital gedeckt werden können. Ändert sich die wirtschaftliche Lage, kann dieses Risikokapital jedoch schnell ausbleiben. Das hätte zur Folge, dass die Plattformen, um nicht bankrott zu gehen, profitabel werden müssen, was laut Srnicek nur durch eine Umwandlung in andere Plattformtypen möglich sei.

Zudem macht der Autor deutlich, dass das Aufkommen plattformbasierter Geschäftsmodelle nicht losgelöst von dem politisch organisierten Abbau wohlfahrtsstaatlicher Systeme betrachtet werden kann. Dieser drängt Arbeitssuchende vermehrt in prekäre Arbeitsverhältnisse, vor allem vor dem Hintergrund des Verlusts traditioneller Arbeitsplätze infolge der Finanzkrise von 2008. Die Nachfrage nach durch Plattformen vermittelte Auftragsarbeiten wuchs, was auch im Sinne des Staates war, da die auf Plattformen beschäftigten Individuen weniger auf Sozialsysteme zurückgreifen mussten.

Diese Perspektiverweiterung – weg von einer ausschließlich auf die Praktiken einzelner Plattformen fokussierten Kritik hin zu einer Kritik der Politik, die diese Plattformen fördert – erlaubt es, nicht nur einen nüchternen Blick auf den gegenwärtigen Hype um die Potentiale der „Sharing Economy" zu werfen, sondern auch die Rolle des Staates im Kontext dieser entstehenden Märkte zu verstehen.

Trotz der Kritikpunkte stellt „Plattform-Kapitalismus" eine überzeugende Annäherung an das Aufkommen digitaler Plattformen dar, die vor allem mit der substantiellen Ausdifferenzierung unterschiedlicher Plattformtypen über die bisherige Literatur hinausgeht. Obwohl die Abschnitte zu den Zukunftsaussichten und etwaigen Alternativen nur begrenzt überzeugen, kann das Buch als erster Einstieg in das Thema der digitalen Ökonomie empfohlen werden.

Nick Srnicek 2018:
Plattform-Kapitalismus.
Hamburger Edition, Hamburg.
ISBN: 978-3-86854-321-6.
144 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Clara Wolff und Jonas Pentzien: In der Datenfabrik. Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1484. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Farbbeutel aus dem 3D-Drucker

Paul Buckermann / Anne Koppenburger / Simon Schaupp (Hg.)
Kybernetik, Kapitalismus, Revolutionen
Emanzipatorische Perspektiven im technologischen Wandel

Warum neue Technologien keine Umstürze anzetteln werden, sie aber erleichtern können.

Rezensiert von Sebastian Engelmann

Seit einiger Zeit nutze ich den Schrittzähler meines Smartphones. Ehrlich gesagt verschafft es mir ein fast schon befriedigendes Gefühl, immer wieder darauf hingewiesen zu werden, dass ich heute noch *weiter* gelaufen, noch *schneller* von a nach b gekommen bin. In den Jubel über die zusätzliche Bewegung stimmt nun aber auch eine warnende Stimme mit ein. Denn seit einiger Zeit warte ich voller Besorgnis auf den Tag, an dem ich hinter meinem gesetzten Durchschnitt an Schritten zurückbleibe und mich die App darauf hinweist, dass ich mein Ziel noch nicht erreicht habe. Gerade die Soziologie hat mich längst darauf hingewiesen, dass Techniken wie *Lifelogging* und *Self-Tracking* dazu genutzt werden, immer mehr Daten über mich abzugreifen, um ein Kund_innenprofil anzufertigen – und ich steuere fröhlich meine Daten bei.

Stetige Hinweise aus Wissenschaft und Feuilleton erneuern die Kenntnis des Debakels. Und spätestens seit „The Circle“ von Dave Eggers ist die Message auch im Mainstream angekommen. Aber soll das wirklich alles sein? Steckt außer den (dringend!) zu kritisierenden, marktförmigen Aspekten der Technologie nicht auch die Möglichkeit zur Emanzipation in ihr? Der Sammelband „Kybernetik, Kapitalismus, Revolutionen – Emanzipatorische Perspektiven im technologischen Wandel“ macht es sich zur Aufgabe, das Verhältnis von emanzipatorischen Politiken und technologischem Wandel genauer auszuloten. Dabei leisten die Herausgeber_innen Paul Buckermann, Anne Koppenburger und Simon Schaupp eine beachtliche Syntheseleistung, die in der Diskussion bislang gefehlt hat. Aber was ist überhaupt das Problem?

Auf dem Terrain der Kybernetik

Das von den Herausgeber_innen bearbeitete Problem ist schnell skizziert: Die Widersprüche technologischer Veränderung werden nur selten eingehend thematisiert. Die Diskussion lässt sich stattdessen anhand von zwei konträren Positionen beschreiben. Auf der einen Seite stehen diejenigen, welche die Technologie mit offenen Armen empfangen und sie euphorisch begrüßen. Auf der anderen Seite stehen konsequenterweise diejenigen, welche prinzipiell technologiekritisch eingestellt sind und technologische Veränderung strikt ablehnen. Zwischen diesen beiden Polen gibt es – wie es in politischen Diskussionen üblich ist – noch andere, teilweise marginalisierte und unsichtbare Standpunkte. Letztere weisen den Dualismus affirmativer oder ablehnender Haltung zur Technik als Vereinfachung aus. Hierzu bedarf es aber zunächst einer erweiterten und sensibilisierten Optik für die Grautöne und die Zwischenräume.

Ganz im Sinne einer Geländevermessung der Technologie als Feld gesellschaftlicher Machtkämpfe entwickeln Buckermann und Koppenburger in ihrem Beitrag einen Vorschlag zur Kartographierung des Technologieverständnisses von emanzipatorischen Politiken. So sollen die

oben unbestimmt erwähnten Positionen sichtbar gemacht werden. Anhand der Positionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des politischen Akzelerationismus – eine neuere politische Bewegung, welche den Kapitalismus mit seinen eigenen Mitteln und Beschleunigung überwinden will – und den Ausführungen des politischen Kollektivs Tiqqun fächern sie das Feld systematisch und anschaulich auf.

Der Band ermöglicht zum einen ein vertieftes Verständnis der Strukturen technologischer und gesellschaftlicher Veränderungen. Zum anderen bringt er dringend benötigte Ordnung in das Chaos aktueller Debatten rund um Technologie und ihre politischen und sozialen Auswirkungen. Deutlich wird, dass „emanzipatorische Politiken immer auch anhand ihrer Technologieverständnisse einzuordnen“ (S. 46) sind. Erst auf der Grundlage einer Analyse der Funktion von Technik im gesellschaftlich-politischen Kontext – so die Autor_innen – können sich politisch Aktive gruppenübergreifend vernetzen und handlungsfähig organisieren. Technik, so ja auch das Credo des Bandes, soll für emanzipatorische Politiken nutzbar gemacht werden.

Ganz anders als die Kartographierung geht der Text von Schaupp vor. Ihm gelingt es, eine historisch-systematische Rekonstruktion des „kybernetischen Kapitalismus“ (S. 51) durchzuführen, die zum einen den politischen Charakter der Kybernetik offenlegt. Bei der Kybernetik handelt es sich um Rückkopplungssysteme, die zur Stabilisierung und Steuerung komplexer technischer Anlagen zum Einsatz kommt. Ziel des Ganzen: Die stete Optimierung aller Abläufe bis sich der gewünschte Gleichgewichtszustand zwischen allen Teilsystemen eingependelt hat. Ein Prinzip, das der kybernetische Kapitalismus auf soziale Verhältnisse überträgt: Systemoptimierung als Gesellschaftsmodell. Kein Wunder, dass Schaupp darauf besteht, dass es sich bei der Kybernetik um ein stets politisches Steuerungsprogramm handelt.

Zum anderen kann eine solche Rekonstruktion auch wichtige Hinweise darauf geben, wie kybernetisches Denken emanzipativ nutzbar gemacht werden kann. Schaupp trifft den richtigen Ton, wenn er den Technikoptimismus einbremst: „Technologien selbst werden keine Revolutionen machen, aber sie können diese unterstützen“ (S. 70). Hierzu bedarf es aber – und auch hier liegt Schaupp richtig – der Rekonstruktion bereits vorhandener Ideen in der Geschichte, wie den im Text erwähnten kybernetischen Versuchen der Wirtschaftssteuerung in Chile und der Sowjetunion. Denn „der Blick in die Vergangenheit – also die historische Rekonstruktion kybernetischer Utopien – kann dabei den Blick für mögliche Zukünfte schärfen“ (S. 70).

Bereits diese beiden Texte sind Grund genug, das Buch einer jeden interessierten Person zu empfehlen, die sich mit der Thematik aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive auseinandersetzen möchte. Freilich liefert der Band noch mehr Material zur Diskussion. Die Texte von Nick Srnicek und Matteo Pasquinelli sind bei genauerer Betrachtung aber eher ein nettes Add-On zum Band als ein essentieller Beitrag zur Diskussion. Im Falle von Srnicek – einem bekannten Vertreter des Akzelerationismus – wurde der Text bereits an anderer Stelle veröffentlicht, bei Pasquinelli ist ein enormes Vorwissen gefordert. Der Essay von Philipp Frey hingegen offenbart seine Stärken, wenn er als erste Person im Band die theoretischen Überlegungen explizit und vehement mit Konsequenzen für die politische Praxis enden lässt. So liest sich sein Beitrag um einiges aktionistischer und regt zur eigenen Aktion an:

„Die Frage wie […] eine humanere, demokratischere und ökologisch vernünftigere Gesellschaft zukünftig aussehen könnte, kann […] als Maß für die politische Praxis und nicht zuletzt als Inspiration und Motivation dienen“ (S. 70).

Auch wenn der Teil zu den theoretischen Grundlagen durchweg gelungen ist, sind es die Einzelanalysen, die einzig und allein zeigen können, ob die emanzipativen Potenziale technologischer Innovationen bereits in der Praxis angekommen sind und bis zu welchem Grad sie sich bereits für politische Zwecke angeeignet werden konnten.

Selbstermächtigung aus dem 3D-Drucker

Zwei der sieben Beiträge sind besonders aufschlussreich für die Debatte. Der Anspruch des Sammelbandes, die Graustufen von Einstellungen zu und Aneignung von Technologie aufzuzeigen, zeigt sich nirgendwo deutlicher. Zuerst ist da der Beitrag von Dana Mahr und Livia Prüll. Die Autor_innen setzen sich vor dem Hintergrund einer historischen Rekonstruktion widerständiger Praktiken des Women's Health Movement mit den aktuellen diskursiven Formationen auseinander, die unter dem Sammelbegriff GynePunk-Movement oder des TransHackFeminusmus für Aufsehen sorgen. Eindrücklich gelingt es den Autor_innen anhand der genauen Beschreibung der Praktiken zur Rückeroberung des eigenen Körpers darauf hinzuweisen, wie durch die Aneignung von Technologie – und der Schulung eines Blicks für Technologie – Agency, also Handlungsmacht, neu verteilt werden kann. Dementsprechend versteht das GynePunk-Movement Technologie als anzueignendes, damit ermächtigendes und zu veränderndes Instrument der Emanzipation.

GenderHacking durch selbstgesteuerte Hormontherapie ist dabei genauso Teil der Gegenbewegung wie die Bereitstellung von Informationen über Geschlechtskrankheiten und die Möglichkeiten der Selbst-Behandlung. So emanzipatorisch wie der TransHackFeminismus erscheint, so avantgardistisch und selbstreferentiell bleibt er laut den Autor_innen aber auch. Der Zugang für alle Gesellschaftsgruppen ist sicherlich nicht immer gewährt. Es lassen sich „auf diesem Weg sicherlich keine Massen bewegen" (S. 186). Nichtsdestotrotz verspricht der Technikoptimismus und die avantgardistische Aktion des GynePunk Movements laut Mahr und Prüll befreiendes Potenzial. Diejenigen, die in den Aneignungsprozess involviert sind, können Alternativen zu den gegebenen Verhältnissen schaffen – eine Entwicklung, die verfolgt werden sollte.

Ähnlich ambivalent skizziert der Beitrag von Anita Thaler und Magdalena Wicher die Verwendung von Technologie in Programmier-Initiativen. Besonders aufschlussreich an diesem Beitrag: die Autor_innen gehen ausführlich auf bildungspolitische Heilsversprechen ein, in denen der Erwerb von Kompetenzen im Coding, also im Programmieren, zum Wundermittel gegen soziale Ungleichheiten stilisiert wird. Neben diesen Initiativen gebe es aber auch „Perspektiven, Coding als emanzipatorisches, kritisch-konstruktivistisches Bildungsprojekt zu begreifen, das Menschen befähigen soll, ein mündiges, selbstbestimmtes Leben zu führen" (S. 193). Wichtig dabei: Die Autor_innen weisen explizit darauf hin, dass die Aneignung von technologischen Fähigkeiten nicht automatisch zum Bildungserfolg führt. Stattdessen üben so formulierte und realisierte Bildungspolitiken erheblichen Druck auf das Individuum aus, das sich gezwungen sieht, sich möglichst früh an das herrschende Bildungssystem anzupassen. Die Ideologie vom lebenslangen Lernen und von der Normalbiografie lässt grüßen.

Erfrischend praktisch wenden sie ihre Überlegungen, wenn sie darauf hinweisen, dass queeres Coden das Potenzial hat, sich diesen Problemen zu entziehen. Es gehe dabei darum,

„den gängigen Ansatz, die Teilnehmer_innen primär für den Arbeitsmarkt (oder die Hochschule) vorzubereiten und sie anderen gegenüber wettbewerbsfähiger zu machen, zu hinterfragen und aufzubrechen" (S. 206).

Ein die Bedürfnisse der Individuen berücksichtigender, problemzentrierter Ansatz wird von den Autor_innen als Möglichkeit gesehen, die oben geschilderten Probleme zu umgehen – bottom-up statt top-down. So könnte sinnhafte und auch sinnstiftende Technologieaneignung aussehen. Dass sich diese wiederum dem pädagogischen Grundproblem von der Anleitung zur Selbsttätigkeit stellen und ihre eigene Verflechtung in Machtverhältnisse reflektieren muss, bleibt zu ergänzen.

Nur ein erster Schritt

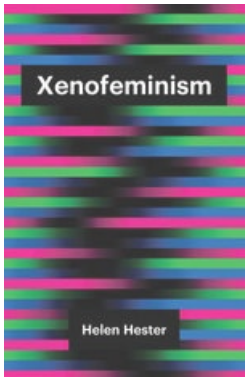
Sammelbände sind eine schwierige Angelegenheit. Im besten Fall *versammeln* sie Beiträge, die

bereits einen gemeinsamen Nenner aufweisen. Im schlimmsten Fall findet sich kein roter Faden und es ergibt sich auch beim Lesen kein Gesamtzusammenhang. Dieser Band schafft es durch eine kluge Rahmung, sowohl die unterschiedlichen Stoßrichtungen der theoretischen Beiträge als auch die Diversität der Einzelanalysen einzufangen. Da sich der Band als Eröffnung einer Diskussion versteht, ist mit weiteren Beiträgen zu rechnen, die an die Entwürfe in „Kybernetik, Kapitalismus, Revolutionen“ anschließen. Gerade der Hinweis Schaupps auf eine historisch(-materialistische) Rekonstruktion der Genese von Kybernetik, Cyber- und Plattformkapitalismus, ist als Aufruf zu verstehen, die vereinfachte Gegenüberstellung von Technikoptimismus auf der einen und Technikpessimismus auf der anderen Seite hinter sich zu lassen. Stattdessen – und hier präsentieren die Einzelanalysen wirkmächtige Beispiele – gilt es, sich Technik anzueignen und sie widerständig werden zu lassen.

Paul Buckermann / Anne Koppenburger / Simon Schaupp (Hg.) 2017:
Kybernetik, Kapitalismus, Revolutionen. Emanzipatorische Perspektiven im technologischen Wandel.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-225-6.
304 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Engelmann: Farbbeutel aus dem 3D-Drucker. Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1483. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Wider die Natur



Helen Hester
Xenofeminism

Wie kann eine feministische Position im Zeitalter des neoliberalen Tech-Kapitalismus aussehen?

Rezensiert von Sara Morais dos Santos Bruss

Laboria Cuboniks ist ein feministisches Projekt, das sich in Zeiten von Smart Objects, biometrischer Körpervermessung und digitalen Haushaltshelfern nach neuen Optionen für den Feminismus umsieht. Statt sich auf einen mythologischen Ursprung zurück zu besinnen – nach dem Motto „früher war alles besser" – beschreibt die Gruppe einen Feminismus, der denaturalisiert und ganz im Sinne der Postmoderne eine Vervielfältigung von Seiensweisen mit sich bringt; also ein Öffnen entgegen des „Anderen", selbst wenn dieses zunächst außerirdisch und fremd erscheint. So lautet es schon im „Xenofeminist Manifesto", welches die Gruppe 2014 veröffentlichte. Nun folgt Helen Hesters Aufarbeitung dieses Mandats zu einer „Politik der Entfremdung".

Hester ist selbst Teil der Laboria Cuboniks, ihr Xenofeminismus ist eine Weiterführung der wuchernden Gedanken des transnationalen Kollektivs. Dennoch weist Hester darauf hin, nicht für alle Xenofeminist_innen zu sprechen: dies sei nur *eine* Interpretation eines vieldeutigen und offenen Projektes.

Anliegen ist auch hier, das emanzipatorische Potential von Feminismus in Zeiten radikaler Beschleunigung von Technologien, dem verzweigten Wuchern von Wissenssystemen und dem Ineinanderfallen von Identitätsgrenzen zu erforschen. Sprich: Wie kann eine feministische Position im Zeitalter eines neoliberalen Tech-Kapitalismus sowie einer zunehmenden gesellschaftlichen Komplexität noch Utopien für eine bessere Zukunft für alle formulieren?

Die Cyborg als Ahnin

Hester beschwört zunächst alte Göttinnen (oder lieber Cyborgs?) herauf: Shulamith Firestone, Donna Haraway, Judy Wajcman. Wie auch bei diesen Vertreterinnen des Cyberfeminismus bewegt sich Hesters Xenofeminismus in einem Spektrum von Technikeuphorie, Anti-Naturalismus und Gender-Abschaffung. Nichts ist heilig, nichts ist unveränderbar – so auch der Körper und die Aufteilung von weiblicher Reproduktion und maskulinistischer Technologien. Ja, die Werkzeuge des Herrn können das Haus des Herrn niederreißen. So beschreibt Hester die Verwendung repressiver Reproduktionstechnologien in der feministischen „Do It Yourself" (DIY) Bewegung der 1970er Jahre als solidarische transnationale Frauenbewegung, ermöglicht durch das Umdeuten und die Neuverwendung ursprünglich kapitalistisch orientierter Technologien.

Zum Beispiel das Spekulum, welches bis heute bei Gynäkologen in gleicher Form und Funktion verwendet wird wie früher. Ist es zunächst pragmatisches kaltes Instrument eines männlichen Zugriffs auf den weiblichen Körper, wird es in feministischer Vorstellung von Beginn an umgedeutet. In den 1970ern erlaubte es Frauen, sich mit Hilfe eines Handspiegels selbst zu

untersuchen und sich so dem prüfenden bis verurteilenden, immer klinischem *männlichen Blick* zu entziehen. Heute designen feministische Künstler_innen mit 3D-Druckern dieses Gerät neu, mit mehr Komfort, aus anschmiegsamen Materialien und zu günstigen Preisen, sogar als Sexspielzeug findet es Verwendung. Und auch wenn dieses simple Gerät nicht mit den vielfältigen technologischen Möglichkeiten der heutigen Zeit mitzuhalten scheint, ist es für Hester nicht die Komplexität der Gerätschaften, die ihre Umdeutung erlauben, sondern deren Demokratisierung, die Möglichkeit des freien Zuganges und damit zusammenhängende tatsächliche oder neuinterpretierte Nutzungsweisen. Nicht die technischen Dinge bestimmen unsere Situation, sondern das, was wir aus ihnen machen.

Denn nicht der Homosexuelle ist pervers…

Während sich viele Beispiele auf die Regulierung von (primär cis, also „biologische", Frauen betreffenden) Reproduktionssystemen und deren Unterlaufen durch DIY Technologien beziehen, ist es Hester, wie auch zuvor dem „Xenofeminist Manifesto", ein Anliegen, queere und trans* Positionen miteinzubeziehen. Zentral ist demnach auch Lee Edelman's „No Future" und was es bedeutet, die Zukunft hauptsächlich an der Figur des Kindes auszuhandeln. Gibt es andere Formen von Verwandtschaft und Gemeinschaft, die cis-Frauen nicht zu Gebärmaschinen und queere und trans* Menschen nicht zu kapitalistischem Überfluss machen? Wieder ein Ruf, der klingt wie der Filmtitel Rosa von Praunheims aus dem Jahre 1971: „Nicht der [sic] Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er [sic] lebt"!

Xenofeminismus geht es darum, den Körper nicht als festgeschrieben zu sehen, sondern durch Umdeutungen und Experimente das Regime der Zweigeschlechtlichkeit abzuschaffen, neue Bündnisse einzugehen und Formen der Freundschaft, ja der Familie, jenseits von Blut oder Boden zu realisieren. Oberstes Mandat ist das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, jedoch immer im Wissen um die soziokulturellen Umstände, welche bestimmte Taktiken sofort wieder in einen Rahmen der *weißen* und heteronormativen Zweigeschlechtlichkeit vereinnahmen zu suchen.

Dabei zieht Hester eben diese direkte Verbindungslinie zwischen sogenanntem Second Wave Feminismus der 1970er Jahre, dessen Solidarität mit dem „Globalen Süden" aber häufig eher in Worthülsen endete. Dies erkennt Hester zwar an, das Abwinken von einer postkolonialen Technikkritik nach Maria Mies und Vandana Shiva fällt ihr aber doch allzu leicht. Mies und Shiva werden in ihrer ökofeministischen Position als Verfechterinnen des Natürlichen gesehen, Kämpferinnen für ein puristisches Naturverständnis, welches eine vermeintliche Authentizität des (weiblichen) Körpers mit sich bringt. Die neuen Unterwerfungsmechanismen, die durch einen globalen Tech-Kapitalismus Menschen im Süden wie auch anderswo in prekäre Arbeitsverhältnisse zwingen oder ihnen gar die Lebensgrundlagen und -räume entziehen, werden nicht verhandelt.

Etwas zu leicht erscheint auch der Schritt, durch Umdeutung und Aneignung von pharmatechnologischen Geräten beziehungsweise durch Selbstmedikation den Körper aus der Unterwerfung zu befreien. Denn auch nach fast 60 Jahren Anti-Baby-Pille – damals gefeiert als pharmatechnologisches Symbol der Emanzipation – scheinen wir immer noch nicht so weit zu sein, dass Reproduktionsarbeit (und deren Verhinderung) von dem Körper der Frau gelöst ist. Und Akzeptanz für Transsexualität scheint auch nur in gewissen Milieus möglich. Denn während Caitlyn Jenner als erste Transfrau 2015 das Vanity Fair-Cover ziert, steigen globale Gewaltstatistiken an prekären Transgenderpersonen (vor allem an Sexarbeiter_innen) weiterhin an. Alles nur eine Frage der Zeit?

Warum Akzeleration alleine nicht reicht

Hester gliedert sich nahtlos in das Umfeld der akademisch-künstlerischen Avantgarde des Akzelerationismus ein, die mit Armen Avanessian als publizierender Tornado nicht müde wird, massenweise Texte über das Zusammenspiel politischer Positionen und beschleunigender

Technologien zu veröffentlichen. Sie klingt toll, diese Welt, in der wir alle fröhlich unsere Körper von Tag zu Tag neuerfinden und Technologien uns bei der Selbstverwirklichung unterstützen. Wirkliche Erfolgsgeschichten zu diesem Mantra gibt es allerdings wenige, und wenn überhaupt, spielen sie sich in der Kunstwelt ab, abgeschottet von alltäglicher Realpolitik. Sicher, Utopien brauchen wir, denn sie sind uns im Zeitalter berechenbarer Medien fast abhanden gekommen. Doch das Einfordern von universellen Versprechen scheint immer noch etwas zu sein, was hauptsächlich aus einer privilegiert-optimistischen Position zu kommen scheint.

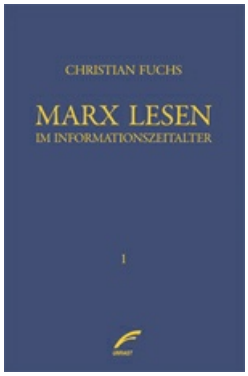
Dieser Optimismus scheint derzeit Trend zu sein. Umgestoßen hat er – zumindest bisher – nur wenig, und nur für einzelne Individuen. Was also tun mit dieser Entwicklung, die sich allzu schnell den Positionen verschließt, die mit hippen Theoretiker_innen und vermeintlichem Universalismus eventuell wenig anfangen können und ungeduldig auf ein besseres Leben im Jetzt warten? Schließlich wurde das Mandat der „Maker Culture“, eine Fortsetzung vom DIY der 1970er Jahre, ebenfalls mehrfach als eurozentristisches Projekt kritisiert, weil es Innovation und Neuheit über Kontinuitäten und unrechtmäßige Aneignungen stellt.

Hester kann dem wenig entgegensetzen. Ihr Xenofeminismus wird den Beigeschmack einer privilegierten westlichen Kunstwelt nie ganz los. Doch sie artikuliert die Hoffnung auf ein längerfristiges Zukunftsprojekt, in dem auch solche Ausschlüsse irrelevant werden, und in dem gutgläubig Fremde nicht mehr Angst oder Unterwerfung, sondern Neugierde auf ein neues „Wir“ auslösen.

Helen Hester 2018:
Xenofeminism.
Wiley, Hoboken.
ISBN: 978-1-509-52062-6.
140 Seiten. 11,99 Euro.

Zitathinweis: Sara Morais dos Santos Bruss: Wider die Natur. Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1490. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Viel Marx, wenig Neues



Christian Fuchs
Marx lesen im Informationszeitalter
Eine medien- und kommunikationswissenschaftliche Perspektive auf "Das Kapital Band 1"

Lohnt sich die Re-Lektüre von Marx im Zeitalter der Digitalisierung und weltweiten Kommunikation?

Rezensiert von Christopher Wimmer

Unzählige Publikationen, Filme und Texte erscheinen aktuell zum 200. Geburtstag von Karl Marx. Neben Biographien und Werkgeschichten versuchen viele Texte, Marx auf seine Aktualität hin abzuklopfen. Was kann seine Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie 150 Jahre nach Erscheinen seines Hauptwerks „Das Kapital“ noch leisten?

Mit dieser Frage leitet auch Christian Fuchs, Professor für Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Westminster in London sein 2017 im Unrast-Verlag erschienenes Buch „Marx lesen im Informationszeitalter“ ein: „Die LeserInnen dieses Buchs fragen sich möglicherweise: warum sollten wir *Kapital Band 1* heute lesen“ (S. 9, Herv. i. O.) Fuchs räumt der Beantwortung dieser Frage mehr als 550 Seiten ein. Sowohl der voluminöse Umfang als auch die Gestaltung des Buches – goldene Schrift auf dunkelblauem Einband – verweisen direkt auf das Buch, um das sich bei Fuchs alles dreht: die MEW 23, der erste Band des „Kapitals“ von Karl Marx. Fuchs, der zahlreiche Publikationen zu den Themen Marxismus, Digitalisierung und Kommunikation verfasst hat, hält sich in seinem Buch strikt an die Abschnitte und Kapiteleinteilungen von Marx’ Originalschrift. Wer die Gliederung aufschlägt, wird sich sofort an einen Kapital-Lesekreis erinnert fühlen: Abschnitt I: Ware und Geld; Abschnitt II: Verwandlung von Geld in Kapital und so weiter. Aus medien- und kommunikationswissenschaftlicher Perspektive will Fuchs Marx’ Begriffe für das Informationszeitalter furchtbar machen. Dies gelingt ihm mal besser, mal schlechter.

Marx’ Kapital als Ausgangspunkt

Unbestritten hat Christian Fuchs seinen Marx gelesen und er lässt auch keine Gelegenheit aus, dies zu zeigen. Das führt zu Sätzen, in denen Fuchs scheinbar alle ihm bekannten Beschreibungen auflistet, die Marx je für einen Begriff verwendete. Auf die Frage, was Kapital sei, schreibt Fuchs mit Marx: Es ist „Verwertung des Werts“ (Marx, 1973, S. 166), „Selbstzweck“ (1973, S. 167), „maßlos“ (1973, S. 167), „rastlose Vermehrung des Werts“ (1973, S. 168) – es folgen noch ein Dutzend weiterer solcher Zitate im Satz. Das mag lehrreich sein. Sonderlich lesbar und für eine Zusammenfassung beziehungsweise Einführung ins „Kapital“ erscheint es aber nicht zwingend geeignet, vor allem weil sich solche Sätze durch das gesamte Buch ziehen: Für die Ware gibt es sieben Zitate in einem Satz, für die ursprüngliche Akkumulation führt Fuchs fünf Zitate auf und der Staat kommt mit immerhin noch vier Marx-Zitaten zur Ehre. Dies zieht sich durch das ganze Buch: Fuchs beschreibt haargenau die Argumentation von Marx, die Entwicklung seiner Begriffe und ihre inneren Zusammenhänge. In dieser Tiefendarstellung der Marxschen Gedanken liegt aber eine doppeltes Problem: Zum einen fragt man sich während der Lektüre, ob es sich noch um eine Einführung ins „Kapital“ handelt oder das Buch eine Paraphrase des Marxschen Originals ist und

zum anderen fällt demgegenüber die Aktualisierung, die Fuchs vornehmen will und die ja eigentlich das Hauptaugenmerk verdient hätte, meist zu dünn aus.

Fuchs liest Marx von Hegels Logik her. Die vielen Schaubilder, in denen die Dialektik zwischen Gebrauchswert und Wert, Quantität und Qualität, Wesen und Erscheinung und so weiter, dargestellt werden, zeigen dies. Nach einer gewissen Zeit kann man jedoch schon zu schmunzeln anfangen, über ein immer-gleiches „hegelianisch-marxistisches Dreieck“ (S. 146) – einer grafischen Darstellung, an der sich Fuchs gütlich bedient. Sie soll wohl zur Verdeutlichung des Sachverhalts dienen, ist mitunter aber schlichtweg unnötig – etwa wenn der Zusammenhang zwischen Geld und Ware einfach nur als Linie dargestellt wird oder wenn versucht wird, die gesamte kapitalistische Informationsgesellschaft in ein Schaubild zu zwängen. Das wird dann so komplex, dass das Verständnis eher gestört als vertieft wird.

Zum einen hält sich Fuchs zwar strikt an die Kapiteleinteilung des ersten Bandes des „Kapitals“, zum anderen werden aber auch immer wieder Exkurse zu modernen Theorien eingestreut. Wir lesen Exzerpte zu David Harvey, Nicos Poulantzas, Michel Foucault, Rosa Luxemburg, Dallas Smythe (ein marxistischer Medienwissenschaftler, auf den sich Fuchs vielfältig bezieht) und vielen weiteren. Eine solche Erweiterung ist sicherlich sinnvoll, doch wirkt sie häufig gewollt aktuell und unverbunden mit den Ausgangsbegriffen. An manchen Stellen wird dann aber doch noch deutlich, wie es hätte aussehen können: So gelingt es Fuchs anschaulich, genau und modern, den Marxschen Begriff der Kooperation mit dem Computer zu verbinden. Am Beispiel der Wikipedia spielt Fuchs die Doppelbewegung, die bei der Marx'schen Kooperation angelegt ist, durch: Zum einen können gemeinsam Menschen an einem Artikel schreiben und im Wortsinne kooperieren. Zum anderen geschieht dies alles unter Kontrolle des Kapitals. Im Laufe seiner Entwicklung zwingt der Kapitalismus immer mehr Menschen in den Produktionsprozess. Durch vernetzte Computertechnologie müssen diese nun nicht mal mehr an einem Ort sein, um (zum Wohl des Kapitals) zu kooperieren, sondern können weltweit vernetzt ausgebeutet werden. Hier zeigt sich, was das Buch an seinen besten Stellen doch kann: Alte Begriffe mit neuem Leben füllen und damit Marx ins 21. Jahrhundert zu holen und seine Aktualität aufzuzeigen.

Exkurse hingegen wie die Beschreibung der Ausbeutungsform in Zwangs- und Arbeitslagern im Nationalsozialismus beim Arbeitstag oder Marx’ Briefwechsel mit der russischen Sozialistin Vera Sassulitsch über die Entwicklungsmöglichkeiten in Russland sind als Einzelepisoden spannend, verdunkeln in ihrer Fülle aber eher die Stringenz der Argumentation.

Wo bleibt die Erneuerung?

Das eigentliche Thema, die Erneuerung der Marxschen Theorie im Informationszeitalter, kommt bei alledem deutlich zu kurz. Fuchs geht von der These der Degradierung von Informationen und Kommunikation in der klassischen marxistischen Theoriebildung aus. Diese seien lediglich als Phänomene des „Überbaus, sekundär, unproduktiv, [als] bloßer Ausdruck der Zirkulation und des Konsums“ (S. 17) definiert, die durch die ökonomische, materielle Basis bestimmt seien. Demgegenüber sieht sie Fuchs durchaus materiell und stofflich. Auch für Informationen und Kommunikation, die die sonderbare Eigenschaft haben, „an sich kein knappes Gut“ (S. 41) zu sein, ist konkrete Arbeit notwendig. „Die Arbeit schafft sowohl stoffliche als auch nichtstoffliche Produkte. In einer materialistischen Philosophie sind sowohl Information als auch stoffliche Produkte materiell“ (S. 163). Fuchs weist mit Marx nach, dass die Arbeitskraft immer noch die Quelle des Reichtums ist. Keine Software kommt ohne Hardware aus, die produziert werden muss. Die These, wonach Wissen eine unabhängige Wertquelle sei, hätte Marx als „Vulgärökonomie“ bezeichnet. Fuchs stimmt hier zu. Er räumt auch mit dem Gedanken auf, die derzeitigen Veränderungen als „radikale Unterbrechung oder gar als eine neue Gesellschaft zu beschreiben“ (S. 351). Diese lasse die „fortdauernde Existenz der kapitalistischen Klassenverhältnisse außer Acht“ (S. 351).

Anschaulich wird der Doppelcharakter von Medien und Technik beschrieben. Erstere seien in „Klassengesellschaften Mittel zur Kommunikation von Ideologien, Mittel zur Dekonstruktion von Ideologien und Hybride beider Rollen“ (S. 81). Ebenso führe Technik unter kapitalistischen Bedingungen zwar zur Ausdehnung der Arbeit, sie fördere aber zur gleichen Zeit „kommunistische Potentiale zur Reduktion der Arbeitszeit für alle Menschen auf ein Minimum“ (S. 354). Sowohl in Medien als auch in der Technik sind die Mittel zur Versklavung als auch zur Befreiung angelegt. Um dies verstehen zu können, braucht es die Lektüre von Marx.

Dahingehend definiert Fuchs dann auch das Ziel seines Buches: Es solle „Menschen dazu zu inspirieren, sich mit Marx’ Arbeiten auseinanderzusetzen als Ankerpunkt über die Rolle der Kommunikation im Kapitalismus und der Gesellschaft und die Frage, wie ein Informationskommunismus erreicht werden kann“ (S. 505).

Praktische Handlungsmöglichkeiten gibt Fuchs zwar nicht, aber es ist schon richtig, das Lesen als ersten Schritt des Widerstands zu begreifen. „Marx lesen im Informationszeitalter“ bewahrt davor, sich gewisser (falscher) Begriffe zu bedienen und Kurzschlüssen zu erliegen. Wer einmal das „Kapital“ gelesen und versucht hat, es auch zu verstehen, wird sich nicht mehr mit Vulgärökonomie zufrieden geben, die die Wirklichkeit mehr verstellt als sie aufzudecken. Humankapital, Zins oder Wachstum werden durch die Marxsche Lektüre zu dem, was sie sind: lebendige Arbeitskraft, Mehrwert und Gesamtarbeit. Kapital wird nicht mit bösen und gierigen Chefs assoziiert, sondern als ein Verhältnis, ein Herrschaftsverhältnis, verstanden. Es geht dabei jedoch nicht darum, die einen Wörter durch die anderen Wörter zu ersetzen, sondern darum, durch die Marxschen Begriffe der Realität auf die Spur und der Wahrheit über die gesellschaftlichen Verhältnisse ein bisschen näher zu kommen – und dies auch im 21. Jahrhundert. Denn auch wenn die Mehrwertproduktion bei Apple, Facebook oder Twitter anders abläuft als im Bergwerk des 19. Jahrhunderts, ist sie immer noch da. Um dies zu verstehen und um dies auch zu verändern, braucht es Marx. Man möchte dann höchstens den Titel des Buches noch um ein Ausrufezeichen erweitern.

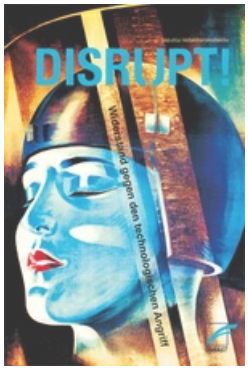
Zusätzlich verwendete Literatur

Karl, Marx (1973[1867]): Das Kapital, Band I. In: Marx, Karl/Engels Friedrich: Werke (MEW 23), Berlin.

Christian Fuchs 2017:
Marx lesen im Informationszeitalter. Eine medien- und kommunikationswissenschaftliche Perspektive auf "Das Kapital Band 1".
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-227-0.
600 Seiten. 29,80 Euro.

Zitathinweis: Christopher Wimmer: Viel Marx, wenig Neues. Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1482. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Ein Gigabyte Leben



capulcu redaktionskollektiv
Disrupt!
Widerstand gegen den technologischen Angriff

Warum die digitale Durchdringung der Gesellschaft bedrohliche Ausmaße annimmt - und trotzdem zum Scheitern verurteilt ist.

Rezensiert von Edith Förster

Das capulcu-Redaktionskollektiv bezeichnet sich auf seiner Website als Gruppe von technologiekritischen Aktivist*innen und Hacktivist*innen – also Personen, die Computer und Computernetzwerke für politische Protestaktionen nutzen. Unter dem Motto „keep the future unwritten“ veröffentlichen sie Texte in verschiedenen linken Medien, bringen Broschüren heraus und bieten auf ihrem Blog Diskussionen, Seminare und Schulungen an. Ihre Broschüre „DISRUPT! – Widerstand gegen den technologischen Angriff“ kritisiert gegenwärtige Versuche, „das menschliche Dasein den Anforderungen einer reduktionistischen künstlichen Intelligenz zu unterwerfen.“ (o. S.) Technologische Entwicklungen werden als Angriff auf unsere Autonomie und in ihrer entsolidarisierenden Wirkung analysiert. Die Zielrichtung ist dabei eine aktivistische: Die Autor*innen plädieren für die „Wiederbelebung einer praktischen Technologiekritik zwischen Verweigerung und widerständiger Aneignung spezifischer Techniken“ (ebd.).

IT heißt Angriff

Capulcu sehen in der Geschichte zwei antagonistische Prozesse am Werk: Auf der einen Seite wird versucht, Menschen zu standardisieren und ihr Verhalten maschinellen Prozessen gleichzuschalten, auf der anderen Seite entfaltet sich gerade im Widerstand gegen diese Tendenzen ein großer Reichtum sozialen Lebens und menschlicher Ausdrucksformen. Der Bogen führt von den Maschinen der industriellen Revolution (Dampfmaschine, Webstühle) über Taylorismus und Fordismus bis zum heutigen informationstechnologischen Angriff.

Das Kollektiv befasst sich mit der Erzählung einer omnipotenten künstlichen Intelligenz, die in Medien und Wissenschaft zunehmend Verbreitung findet und angeblich Menschen überflüssig macht oder ein ewiges Leben auf Computerhardware ermöglicht. Capulcu entdecken eine rücksichtslose, jegliche Kritik als überflüssiges und rückständiges Zweifeln beiseite schiebende Agitation. Damit einher geht ein Interesse nach möglichst umfassender Überwachung und Speicherung von Daten, sowohl von kommerzieller als auch staatlicher Seite. Neue Möglichkeiten gezielter Manipulation entstehen: Die öffentliche Diskussion verschiedener Ansichten und freie Wahlen auf Grundlage einer allen gemeinsamen Informationsbasis werden verhindert. Etwa über die Technologie des Nudging könnten Unternehmen oder Politik ohne viel Aufwand Einfluss ausüben, der als solcher oft gar nicht erkennbar ist und viel eher unhinterfragt bleibt als etwa rechtsstaatliche Regularien. Ein Beispiel: Durch das Herunterladen einer Software stimmt man automatisch der kommerziellen Weiterverwendung der angegebenen Daten zu; wer das nicht will, muss extra per Mail widersprechen. Allein aus Trägheit würden viel mehr Personen „zustimmen“ als wenn sie sich aktiv einverstanden hätten erklären müssen. Auch an weiteren Prozessen gezielter Einflussnahme übt das Kollektiv Kritik, etwa bei der Kreditvergabe. Dort entstünden Zwänge der

Normierung und Selbstoptimierung: Wer im Leben – sei es beim Wohnen, Studium oder Autokauf – auf Kredite angewiesen ist, muss sich als Träger*in von „Humankapital“ möglichst so verhalten, dass die eigene Rendite maximiert wird.

Kontrollgesellschaft im Multiplayermodus

Im Jahr 2015 wurde in China das „Sesame Credit System“ eingeführt, welches durch „Gamifizierung“ verhaltenssteuernder Elemente Menschen zur „freiwilligen“ Beteiligung motiviert. Wie in einem Computerspiel erfährt man die eigene Punktzahl und arbeitet gerne an seiner Verbesserung mit – ohne die Kriterien zu hinterfragen. Aber auch andernorts werden ähnliche Praxen angewendet: Derzeit werden etwa in Supermärkten selbstlernende Gesichts- und Emotionsanalysen zur Umsatzsteigerung angewendet. Das Kollektiv kritisiert an ihnen das fragwürdige Vorhaben massenhafter Manipulation und die mögliche Unzuverlässigkeit der Technologie, da sie auf einem veralteten Modell basiere. Die Abgabe der Kontrolle an die Geräte erzeuge ein maschinistisches Menschenbild, das mit Zwängen zur Leistung und Optimierung, mit sozialen Ungleichheiten, Entsolidarisierung und Diskriminierungs- und Stigmatisierungspotenzialen einhergeht. Die derzeitige Forschung und beginnende Praxis selbstlernender Gesichts- und Emotionsanalysen, so das Kollektiv, ermögliche ein umfassendes Herausfiltern von abweichendem Verhalten. Capulcu untersuchen auch die Entwertung von Arbeit, etwa der Elektronikindustrie und im click- und crowd-working des digitalisierten Kapitalismus. Der Prognose zufolge wird in Zukunft nicht nur die Arbeit, sondern jegliche individuelle Lebensäußerung Inwert gesetzt werden.

Zuletzt dokumentieren Capulcu Widerstandsbemühungen, die im Zusammenhang mit neuen Technologien in den vergangenen Jahren, 2013 bis 2017, entstanden sind – Hacks, Sabotage-Aktionen und Proteste. Beispiele für widerständige Aktivitäten sind das Whistleblowing, also das Veröffentlichen geheimer Informationen. Als Beispiel: „Phineas Fisher“ – ein oder mehrere unbekannte Hacker*innen – haben Überwachungssoftware herstellende Firmen gehackt, deren Quellcode und Mails offen gelegt und 10.000 in Bitcoins erbeutete Euro der kurdischen Selbstverwaltung in Rojava gespendet. Die Essensauslieferer von Deliveroo konnten in einem Streik erfolgreich Forderungen durchsetzen, und das facebook-Angebot eines auf 35 ausgewählte Seiten limitierten Internets als „Entwicklungshilfe“ durch öffentlichen Druck verhindert werden. Erwähnt wird außerdem der Widerstand gegen die Gentrifizierung in San Francisco, ein Sabotage-Akt gegen die Deutsche Bahn anlässlich des G20-Gipfels im Juni 2017, sowie mit Farbbeuteln und Lack geführte „Angriffe“ gegen den Hauptsitz von Google in München, die Kölner Firma CoGAP oder den Berliner Software-Hersteller PSI.

Viel Aktivismus, wenig Analyse

„DISRUPT!“ bietet einen Überblick über verschiedene Bereiche neuer Technologien und beschreibt deren mögliche gesellschaftliche Auswirkungen anhand von konkreten Beispielen. Der Text ist sehr verständlich geschrieben und setzt keine technologischen Vorkenntnisse voraus, die über das alltägliche Benutzen eines Computers oder Smartphones hinausgehen. Der Text bezieht klar Position gegen das von dem Autor_innenkollektiv als „technologischen Angriff“ bezeichnete Problem. Dieses wird als offenbare Tatsache behandelt, nicht als eine unter diversen möglichen Interpretationen von Geschichte. Etwaige Limitationen dieser Interpretation, Probleme und Chancen digitalen Widerstand werden nicht abgewogen. Der Verzicht auf tiefergehende Diskussionen und Differenzierungen wird nachvollziehbar, wenn man das aktivistische Anliegen des Autor_innenkollektivs berücksichtigt. Eine detaillierte Darstellung der erwähnten Technologien hätte die Lesbarkeit zugegebenermaßen beeinträchtigt. Trotzdem ist es schade, dass es nur wenige Quellenangaben und Verweise gibt, falls die Leser*in sich darüber informieren möchte – was für ein fundiertes Verständnis und eine mündige Beteiligung am Diskurs unabdingbar wäre. Die Vereinfachung geht dabei mitunter bis zur Verfälschung: Etwa erweckt ein Satz wie „durch kleine Programme, die Algorithmen“ (S. 35) den Eindruck, dass zwischen beidem keinerlei Unterschied bestehe. Der Text behauptet, dass sich sozialer Reichtum gerade in den Aktionen des

Widerstands gegen den „technologischen Angriff“ entfaltet, räumt aber den Aktivist*innen und ihren Ausdrucksformen zu wenig Platz ein, als dass sich dies für den oder die Leser*in nachvollziehen ließe. Alles in allem aber bietet „DISRUPT!“ einen leicht verständlichen Überblick über wichtige Diskussionsstränge und regt dazu an, sich über Informationstechnologie und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen tiefergehend zu informieren, zu reflektieren, zu diskutieren, und – nicht zuletzt – selbst aktiv zu werden.

capulcu redaktionskollektiv 2017:
Disrupt! Widerstand gegen den technologischen Angriff.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-240-9.
160 Seiten. 12,80 Euro.

Zitathinweis: Edith Förster: Ein Gigabyte Leben. Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1481. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Digitale Schnappatmung

Friedrich Pollock
Automation
Materialien zur Beurteilung ihrer ökonomischen und sozialen Folgen

Alle fragen sich, was die „smarte" Zukunft für uns bereithält. Zeit, den Blick in die Vergangenheit zu richten.

Rezensiert von Fabian Namberger

Die Debatte um den „digitalen Kapitalismus" ist in vollem Gange. „Smart cities", „Industrie 4.0", das „Internet der Dinge" – die Liste der trendigen Hightech-Schlagwörter ist schier endlos. Oft reicht es schon, eines davon beiläufig fallen zu lassen, um irgendwie hipp, neu und cool zu klingen. Und doch nagt da ein leiser aber steter Zweifel. Ist das wirklich alles so neu? Ist es wirklich so wichtig, dass mein Auto bald von alleine fährt, mich aber immer noch zu demselben Scheißjob bringt wie davor? Ist es wirklich so wichtig, dass mein Toaster bald mit meinem Kühlschrank vernetzt ist? Und mein Kühlschrank mit meinem Smartphone? Und mein Smartphone dann wieder mit meinem selbstfahrenden Auto?

Was in der Aufregung um die neuesten digitalen Gadgets oft verloren geht, ist der Blick für jene *kontinuierlichen* Kräfte, die seit jeher dafür gesorgt haben, dass sich der Nutzen neuer Technologien – sei es Dampfmaschine oder Smartphone – nur äußerst einseitig auf jene zwei Pole verteilt, die sich im Innersten unserer Gesellschaft gegenüberstehen: Arbeit und Kapital. Mit anderen Worten: Jenseits spiegelblank polierter Displays, Touchscreens und anderer „smarter Oberflächen" gibt es politische Fragen, die seit geraumer Zeit auf ihre Beantwortung warten. Warum also nicht der aktuellen Debatte (zumindest vorübergehend) den Rücken kehren und zur Abwechslung mal danach fragen, was vor einem halben Jahrhundert über Automatisierung geschrieben und gedacht wurde? Vielleicht findet sich ja etwas Brauchbares.

Automation? Voll 50er!

In seiner 1956 erschienenen Studie „Automation. Materialien zur Beurteilung ihrer ökonomischen und sozialen Folgen" geht Friedrich Pollock der Sache auf den Grund. Auch wenn das Vokabular manches Mal zum Schmunzeln einlädt – „Elektronenrechner" klingt dann eben doch mehr nach Peter Alexander als nach Daft Punk –, viele der grundlegenden Argumente, Fragen und Debatten kommen überraschend aktuell daher. Und manches, was man findet, vermisst man in aktuellen Büchern ganz und gar. Zum Beispiel das Ringen um eine sinnvolle Definition des Begriffes „Automation", auf das Pollock ein ganzes Kapitel verwendet. Akribisch sammelt er die Definitionsversuche von Wissenschaftler_innen, Gewerkschaftsmitgliedern, Wirtschaftsbossen und Unternehmer_innen ein. Unumstrittenes „Highlight": ein Statement der US-amerikanischen National Association of Manufacturers aus dem Jahr 1954, das erahnen lässt, dass der Automatisierungshype keineswegs erst im 21. Jahrhundert erfunden wurde:

Geleitet durch elektronische Geräte, beflügelt durch Atomenergie, bedient von dem reibungslosen, mühefreien Funktionieren der Automation, bewegt sich der Zauberteppich unserer freien Wirtschaft nach fernen und nie erträumten Horizonten" (S. 33).

Wie weit es mit dem angeblich so „reibungslosen" und „mühefreien" Funktionieren der Automation damals (wie heute) her war, wird deutlich, wenn man sich die Sache aus der Perspektive

derjenigen ansieht, die wenig später von ihren Auswirkungen tatsächlich betroffen waren. James Boggs, Fabrikarbeiter und militanter Aktivist im Chrysler Autowerk in Detroit, kommt im Jahr 1963 zu folgender, wohl deutlich realistischeren Einschätzung:

„Die Automation stellt nicht nur die Frage nach Armut, Beschäftigung und verwandten ökonomischen Fragen. […] Die zunehmende Automatisierung wird die Krisen des Kapitalismus verschärfen und die Konflikte zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen zuspitzen, vor allem zwischen denen, die arbeiten, und denen, die nicht arbeiten" (Boggs 1963; Übers. FN).

Die Vorstellung liegt nicht allzu fern: Jener Teil der Arbeiter_innen, die in der Fabrik nicht mehr gebraucht würden und fortan ohne jegliche Absicherung dastünden, hätten wenig Grund, mit ihren weiterhin beschäftigten Kolleg_innen für bessere Bedingungen für alle zu kämpfen. Eine Polarisierung der Arbeiter_innenklasse, die sich auch in Pollocks Einschätzung wiederfindet:

"Die Automation bedroht den Arbeiter und Angestellten nicht nur mit dem Verlust seines Arbeitsplatzes, sondern wird viele berufliche Fertigkeiten überflüssig machen und den sozialen Status vieler in der Wirtschaft und Verwaltung Tätigen drastisch verschlechtern, die nicht zu der privilegierten Minderheit des Aufsichts-, Einrichtungs- und Reparaturpersonals sowie der Ingenieure und verantwortlich entscheidenden Angestellten gehören" (S. 176).

Das Prinzip „teile und herrsche", auch die Automation kennt es.

Einfach mal Luft holen – ganz analog

Was aber lässt sich nun von Pollocks Schrift für das hier und heute lernen? Zunächst einmal: eine gewisse Ruhe. Pollock lässt sich Zeit – sowohl mit seiner Analyse der vergangenen Gegenwart als auch mit seinen Prognosen für die Zukunft. Vorschnelle Verallgemeinerungen sucht man bei ihm meist vergeblich. Und genau das macht sein Buch noch heute lesenswert. Es ist sich nicht zu schade, seitenlanges empirisches Material zu durchforsten, sich durch Statistiken, Berichte, Zeitungsartikel und Unternehmensreporte zu wühlen. Das ist inmitten heutiger Debatten, in der sich auch vermeintlich kritische Beiträge in digitalen Superlativen versteigen, vor allem eines: wohltuend unaufgeregt.

Ein Vergleich zu Nick Srnicek und Alex Williams' vielzitiertem Werk „Die Erfindung der Zukunft" bringt das vielleicht am besten zum Ausdruck. Wo Pollock Seite um Seite darauf verwendet, die Konsequenzen zunehmender Automation in Bezug auf verschiedene Wirtschaftsbereiche detailliert aufzudröseln, stimmen Srnicek und Williams fröhlich ein in den derzeit weitverbreiteten Singsang der digitalen Wundertechnologien. Pollocks begründete Vorahnung, dass verschiedene Bereiche der Wirtschaft ganz unterschiedlich auf kommende Automatisierungstendenzen reagieren werden, verschwindet bei ihnen hinter einer ellenlangen Liste, die etwaige Unterschiede zwischen Sektoren – zum Beispiel mit Blick auf Lohn- und Qualifizierungsniveaus – schon im Vorhinein plattwalzt. „Die jüngste Welle der Automatisierung", schreiben Srnicek und Williams,

„erfasst praktisch alle Ausschnitte der Wirtschaft: das Sammeln und Auswerten von Daten (Funkerkennung und -ortung, Big Data), neue Arten der Produktion (flexible robotisierte Fertigung, additive Fertigungsverfahren wie der 3D-Druck, automatisierte Fastfood-Restaurants) ökonomische Entscheidungen (Computersimulationen, intelligente Softwareagenten), Finanzierung und Kapitalakkumulation (algorithmischer Handel), und insbesondere die Logistik (die sogenannte Logistikrevolution mit selbstfahrenden Fahrzeugen, satellitengesteuerten unbemannten Containerschiffen, Transportdrohnen und vollautomatisierten Lagerhallen)" (Srnicek/Williams 2016: S. 181).

Da sind sie also wieder, die hippen Schlagwörter des digitalen Kapitalismus, vorgetragen in bekannter Kurzatmigkeit. Und dennoch: Srnicek und Williams haben sicherlich Recht, auf die

weitreichenden Konsequenzen der Automation hinzuweisen. Nichts anderes tut Pollock, der sich durch das ganze Buch hindurch gegen jene Technik-Optimist_innen wehrt, die im technologischen Wandel keine größeren Konsequenzen erkennen wollen. Ob diese Folgen nun aber positiv oder negativ zu bewerten seien, ist eine viel schwierigere Frage. „Nach wie vor“, so Pollock, „stehen sich ‚Optimisten', die vorwiegend Gutes von der Automation erwarten, und ‚Pessimisten', die von ihr verursachte schwere Störungen des Wirtschaftsprozesses befürchten, unversöhnt gegenüber“ (S. 31). Eine Zustandsbeschreibung, die wohl auch ein halbes Jahrhundert später noch zutrifft.

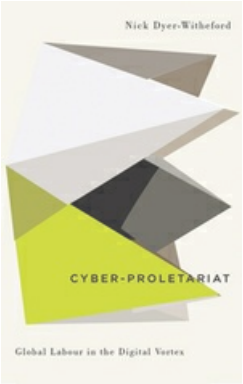
Zusätzlich verwendete Literatur

Boggs, James (1963): The American Revolution. Pages From a Negro Worker's Notebook. Monthly Review Press, New York. Online einsehbar hier.
Srnicek, Nick/Williams, Alex (2016): Die Zukunft erfinden. Postkapitalismus und eine Welt ohne Arbeit. Edition Tiamat, Berlin.

Friedrich Pollock 1964:
Automation. Materialien zur Beurteilung ihrer ökonomischen und sozialen Folgen. 2. Auflage. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main.
420 Seiten.

Zitathinweis: Fabian Namberger: Digitale Schnappatmung. Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1492. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Klassenkampf rebooten



Nick Dyer-Witheford
Cyber-Proletariat
Global Labour in the Digital Vortex

Nick Dyer-Withford zeigt auf, wie der digitale Kapitalismus die weltweite Klassenzusammensetzung prägt.

Rezensiert von Nina Scholz

Seit Anfang des neuen Jahrtausends ist die Rede vom digitalen Kapitalismus. Auf linken Veranstaltungen, in Feuilletons und auf hip-getrimmten Panels irgendwelcher Telekommunikationsfirmen wird über ihn diskutiert. Digitaler Kapitalismus, das klingt catchy und ruft Bilder hervor: Man denkt an die Konzernzentralen von Google und Facebook im Silicon Valley. Notebooks, Smartphone und andere hippe Technik-Gadgets fallen genauso so mühelos ein wie selbstfahrende Autos, Uber-Apps und Airbnb-Wohnungsangebote. Wir hören, dass die Arbeit verschwindet, sie wird prekär oder immateriell, und die Roboter werden uns ersetzen.

Auch in den deutschen Feuilletons wird das Thema durchaus kritisch diskutiert. Die Autor_innen stellen sich Fragen wie: Wird mein Leben noch prekärer, wenn die Sharing Economy das Private jetzt auch noch zum Beruflichen macht? Kann ich mir in meiner Nachbarschaft bald keine Wohnung mehr leisten, wenn noch mehr Ferienwohnungen über Airbnb vermietet werden? Was macht Facebook mit meinen Daten? Haben wir dank der technischen Tools eigentlich nie Feierabend, und wann stoppt Twitter die Trolle? Die Fragen spiegeln meistens jedoch nur das Milieu derjenigen wieder, die da diskutieren, und reichen sehr selten darüber hinaus.

Vielleicht ist Digitaler Kapitalismus ja auch ein irreführender Begriff, weil er suggeriert, es sei ein anderer Kapitalismus, einer, der nur irgendwie mit Apps, Smartphones und technischen Tools zu tun hätte, einer, der cooler, neuer und hipper ist. Die Bücher linker Autor_innen, die zum Thema erscheinen, tragen zur Verwirrung bei, weil sie immer nur Phänomene in den Blick nehmen. Noch schwieriger wird es, wenn Krisen und Kämpfe auf den ersten Blick gar nichts damit zu tun haben, wenn es zum Beispiel um das Elend der Geflüchteten weltweit oder die Gentrifizierung im eigenen Stadtbezirk geht.

Politische Kämpfe geben schon lange keine Antwort mehr, und nicht nur das: Oft findet mehr ein Gegeneinander als ein Miteinander statt. Statt Kollektivierung reibt man sich untereinander und streitet erbittert darüber, welcher Kampf mehr Berechtigung hat. Wer in der linken Geschichte zurückblickt, weiß, wieso das so ist: Als der Industriekapitalismus noch ein klassenkämpferisches Subjekt hatte, den meist weißen, meist männlichen, meist heterosexuellen Arbeiter, waren alle anderen von diesen Kämpfen weitgehend ausgeschlossen. Viele Linke wollen zwar zu Recht diese Fehler nicht wiederholen und versuchen in ihren Kämpfen nicht rassistisch, homophob oder sexistisch zu sein. Doch dabei bleibt es dann auch oft. Vereinzelt gibt es natürlich aber auch heute Proteste, die Hoffnung machen, wie gerade in Frankreich die Streiks und Versammlungen gegen das neue Arbeitsgesetz, doch auch sie bleiben letztlich ohne Anschluss, vereinzelt und folgenlos.

Die Geschichte der kybernetischen Revolutionen

Doch was sollen wir tun? Einer, der versucht darauf eine Antwort zu geben, ist Nick Dyer-Withford in seinem Buch „Cyber-Proletariat“. Dyer-Withford nennt seine Schrift selbst an einer Stelle eine „whirlwind tour of the cybernetic vortex“ (S. 129), eine wirbelsturmartige Reise durch den kybernetischen Vortex, und beschreibt damit präzise das Gefühl, das einem beim Lesen oft überkommt. Es ist tatsächlich sehr schwer, all das, was Dyer-Withford an Zusammenhängen aufmacht, in eine Besprechung zu packen, solch eine Tour de Force leistet er in seinem Buch. Auf knapp 205 Seiten versucht er die Versäumnisse anderer linker Autor_innen und Konzepte wettzumachen, eine gültige und allumfassende Analyse aktueller kapitalistischer Verhältnisse zu leisten, die Geschichte der kybernetischen Revolution in sämtlichen Facetten zu umreißen und auch noch vergangene, aktuelle und zukünftige Kämpfe dazu in Beziehung zusetzen. Wer also eine Einführung in diese Themen oder einen Überblick zu ihnen sucht, ist hier gut aufgehoben.

„Cyber-Proletariat“ beeindruckt aber nicht nur aufgrund der angestrebten Vollständigkeit, sondern wegen der Zusammenhänge, die Dyer-Withford herstellt. Die sogenannte kybernetische Revolution begann zur Zeit des Kalten Krieges im militärisch-industriellen Komplex der Vereinigten Staaten. Die Automatisierung, die gerade wieder heiß debattiert wird – zum Beispiel von deutschen Unternehmen unter dem Stichwort Industrie 4.0 oder von Linken, die sich davon etwas versprechen, unter dem Stichwort „FullyAutomatedLuxuryCommunism“ – hat damals schon angefangen. Der industrielle Kapitalismus begann damals, menschliche Arbeitskräfte zu ersetzen, in Büros, in Fabriken, eigentlich überall dort, wo es Forschung und Technik zuließen. Zugleich fand in den westlichen Staaten ein Prozess statt, der unter Outsourcing bekannt wurde: In den Industrieländern wurden Arbeitsplätze an Externe vergeben, die man nicht festanstellen musste, während ein großer Teil der Produktion in sogenannte Billig-Lohn-Länder verlegt wurde.

Der digitale Kapitalismus betrifft alle

Das ist der Gedanke, der „Cyber-Proletariat“ im Kern zusammenhält: der Digitale Kapitalismus ist nicht bloß eine Frage von Gadgets und Apps, vom Neuen Arbeiten und Start-Ups, er hat längst den Kapitalismus, so wie wir ihn bisher kannten, komplett transformiert und betrifft das Leben von allen. Algorithmen regeln den Finanzmarkt, der durch seine Krisenanfälligkeit zuletzt 2008 Länder und Menschen in den Abgrund gerissen hat. Und er betrifft längst auch die (Arbeits-)Leben derer, die sich die Frage nach Smartphone-Besitz, nach coolen Apps und noch cooleren Gadgets gar nicht erst stellen. Dyer-Withforts These: Der Kapitalismus schafft ein neues, weltweites Cyber-Proletariat,beziehungsweise: Er hat es schon geschaffen, und die Proletarisierung schreitet weltweit unaufhörlich voran.

Wer ist dieses globale Proletariat? Im Grunde wir alle, und das ist auch die Stärke des Begriffs. Nicht nur wird die Arbeit immer mehr durch Maschinen ersetzt, auch ehemals noch qualifizierte Arbeit wird schnell zu unqualifizierter und damit auch schlecht bezahlter abgewertet. Doch während es bei den elenden Jobs von Konzernen wie Foxconn schnell klar ist, dass sie zum Cyber-Proletariat gehören, wähnen sich gut bezahlte Programmierer_innen, Akademiker_innen und andere noch in Sicherheit.

Das Konzept des Cyber-Proletariat ermöglicht es, komplexe Zusammenhänge global zu denken und vor allem die Unterdrückungen, die der Kapitalismus produziert, als Klassenfragen zu denken. Vieles von dem, was in „Cyber-Proletariat“ endlich wieder als Klassenfrage diskutiert wird, debattiert die Linke heute als vereinzelte Probleme des Systems; Rassismus, Homophobie und Sexismus werden dann nur noch als Diskriminierungen, Ausbeutung als Chancenungleichheit wahrgenommen. Dyer-Withford liefert nicht nur eine sehr aktuelle Beschreibung des globalen Klassenwiderspruchs, der durch die fortschreitenden Digitalisierungen noch verschärft wird, sondern bietet auch an, sich mit den Kämpfen anderer, egal ob der Nachbarin nebenan oder dem technologischen Lumpenproletariat in Indonesien, das unsere Smartphones zusammenschraubt, zu

verbinden, ohne sich mit deren Lebenswirklichkeit identifizieren zu müssen. Nichts anderes ist Klassensolidarität.

Beeindruckend ist „Cyber-Proletariat“ immer dort, wo es Dyer-Withford gelingt, die Zusammenhänge und Widersprüche deutlich herauszuarbeiten. Gleich zu Beginn des Buchs stellt er die Zusammenhänge, um die es ihm geht, her: Er stellt VITAL vor, ein Künstliches-Intelligenz-Programm, das über Algorithmen Investment-Entscheidungen vorhersagen und treffen kann und neuerdings ein vollständiges Mitglied im Vorstand der in Hong Kong beheimateten Venture-Capital-Firma „Deep Knowledge Ventures“ ist. Am selben Tag, nämlich am 13. Mai 2014, als die Berufung eines Algorithmus in den Vorstand bekannt gegeben wurde, ereignete sich in der Türkei eine Explosion, die in der deutschen Presse als „Grubenunglück“ beschrieben wurde. Bei einem Streik in der Kohlengrube im türkischen Soma kamen 301 Arbeiter ums Leben. Ganz ähnlich wie aktuell in Frankreich hatten sie im Anschluss an die Gezi-Proteste in Istanbul gegen die unwürdigen Arbeitsbedingungen gestreikt. Die bereits im Jahr 2007 privatisierte Mine liefert unter anderem jene Rohstoffe, die man braucht, um Elektrizität herzustellen. Ohne Elektrizität kein digitaler Kapitalismus, ohne digitalen Kapitalismus keine fortschreitende Privatisierung und so weiter. Es geht hier natürlich nicht darum, ein geschlossenes, esoterisches System zu entlarven, sondern darum, die verschiedenen Ereignisse in Zusammenhang zu bringen.

Das Cyber-Proletariat im Silicon Valley

Besonders deutlich wird das an einem Ort wie dem Silicon Valley: Auf der einen Seite stehen die bunten Konzernzentralen, die ihren meist weißen und männlichen Angestellten eine Arbeit versprechen, die Spaß macht, die Rutschen, Bällebäder und Snackräume einerseits, gute Bezahlung andererseits bieten. Aber selbst dort gibt es Schattenseiten: Fast jeder Programmierer ist ersetzbar, mit der Folge, dass der Konkurrenzdruck hoch und Arbeitstage von 12 bis 14 Stunden keine Seltenheit sind. Die hohen Einkünfte gehen für hohe Mieten und Grundstückpreise sowie die bitternötige Entspannung drauf. Ganz unten im sozialen Gefüge des Silicon Valley stehen migrantische Frauen, für die drei Jobs gleichzeitig eher Regel als Ausnahme sind. Sie kümmern sich um ihre Familien, haben ein bis zwei schlechtbezahlte Service-Jobs im Silicon Valley, für die sie oft lange Busreisen in Kauf nehmen müssen, weil in den Vierteln, in denen viele von ihnen vormals gelebt haben, jetzt die gutbezahlten Programmierer leben. Viele schrauben außerdem in Heimarbeit die Platinen für die Hardware des Silicon Valley zusammen, eine Arbeit, die aufgrund der giftigen Materialien krank macht. An dieser Stelle werden aber nicht nur die Zusammenhänge sehr deutlich, sondern auch, wie immanent diesem System Rassismus und Sexismus sind, und warum es so wichtig ist, sie in Relation zur Klassenfrage zu behandeln. Und hier wird auch klar, dass sich kein Problem dadurch erledigen wird, dass wir an den Türen dieser Konzerne rappeln und lediglich fordern, mitmachen zu dürfen.

Das Konzept des Cyber-Proletariats selbst ist aber auch nicht ohne Probleme: Dyer-Withford scheitert im Grunde bei seinem Versuch, ein allumfassendes Konzept zu schaffen, das beides ist, Analysekategorie und kollektivierender Kampfbegriff. Aber letztlich bleibt er eben genau das: wieder ein weiterer Begriff, der in die Debatte eingeführt werden muss, der sich erst durchsetzen müsste, der in Konkurrenz zum Prekariat, zur Multitude, zu den 99 Prozent tritt. Und er schafft es auch nicht, neue Formen der Arbeit in den Blick zu nehmen. Er reißt zwar an, dass das, was wir beispielsweise jeden Tag für Facebook machen, dass jeder Klick im Grunde unbezahlte Arbeit ist. Aber er beschränkt sich darauf, zu beschreiben, wie prekär und ersetzbar sie ist, und vergisst, dass sich hierüber auch Kollektivierungen ergeben könnten sowie ein Anknüpfen an die deutlich geschichtsträchtigeren Begriffe der Arbeit, der Arbeiter_innen und des Arbeitskampfs.

Doch Dyer-Withford hört hier noch lange nicht auf: Er diskutiert die Proteste, die wir seit der letzten Finanzkrise 2008 gesehen haben, stellt diese ebenfalls in Zusammenhang zur fortschreitenden Digitalisierung und zeigt auf, dass wir als Linke zwar technisch versiert sein müssen, dass von Twitter- und Facebook-Revolutionen aber keine Rede sein kann. Wie bereits in

seinem „Cybermarx“ (1999) diskutiert er all das im Hinblick auf die Debatten und Kämpfe der Autonomen Marxisten und Post-Operaisten, zeigt aber auch deren Limitierungen auf. Er hat mit dem Wirbelwind durch den digitalen Vortex wirklich nicht zu wenig versprochen. Und zum Schluss gibt er dann noch einen pathetischen Ausblick auf kommende Kämpfe, bei denen er unter anderem durchaus sinnvolle Argumente für einen bewaffneten Kampf liefert. Und selbst wenn man dem nicht folgen mag, geht man am Ende aus „Cyber-Proletariat“ wie aus einem richtig guten Blockbuster-Film raus: leicht durchgebügelt und überwältigt, voller neuer Erkenntnisse und bereit für die Tat. Und alleine schon deswegen ist das Buch natürlich unbedingt empfehlenswert.

Nick Dyer-Witheford 2015:
Cyber-Proletariat. Global Labour in the Digital Vortex.
Pluto Press, London.
ISBN: 9780745334035.
256 Seiten.

Zitathinweis: Nina Scholz: Klassenkampf rebooten. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016, Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1339. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Die falschen Versprechen des digitalen Kapitalismus

Philipp Staab
Falsche Versprechen
Wachstum im digitalen Kapitalismus

Das Buch blickt hinter die Fassade der digitalen Glitzerwelt: Dahinter lauern altbekannte Probleme in neuem Gewand.

Rezensiert von Simon Schaupp

In seinem Essay „Falsche Versprechen. Wachstum im digitalen Kapitalismus“ geht der Soziologe Philipp Staab der Frage nach, ob die Digitalisierung das Versprechen eines neuen Wachstumsschubes halten kann. Die Digitalisierung identifiziert Staab zunächst als „neuen Messias des Wachstums“ (S. 15f). Sie strukturiere jedoch nicht nur die Ökonomie, sondern auch große Teile staatlicher Verwaltungsprozesse. So stelle beispielsweise Amazon über seinen Cloud-Computing-Dienst Amazon Web Services in den USA einen bedeutenden Teil der digitalen Infrastruktur des amerikanischen Verwaltungs- und Regierungsapparates. Ausgehend von dieser Feststellung entwickelt Staab auch seine Theorie des „digitalen Kapitalismus“ weiter, deren Grundsteine er bereits in anderen Texten gelegt hat (zum Beispiel Nachtwey/Staab 2016). Dieses Konzept definiert er provisorisch als die „Durchsetzung und Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien und der mit ihnen verbundenen ökonomischen und ideologischen Dynamiken“ (S. 11). Als treibende Kräfte der Entwicklung hin zu einem digitalen Kapitalismus beschreibt er die großen Internetunternehmen Amazon, Google und Apple, da diese Basistechnologien anbieten, die in den verschiedensten Kontexten genutzt werden und durch ihre enormen finanziellen Kapazitäten die Macht haben, weitgehende Umstrukturierungsprozesse in Gang zu setzen. Als wesentliche politisch-ökonomische Triebkraft hinter dem digitalen Kapitalismus identifiziert Staab das Konsumptionsproblem. Damit bezeichnet er den Widerspruch, dass sich einerseits die Produktivkräfte rasch entwickeln, sich andererseits aber die Nachfrage nicht entsprechend steigert. Aufgrund dieses Dilemmas geht mit der Entwicklung der Produktivkräfte nicht automatisch eine Steigerung des ökonomischen Wachstums einher. Die zentrale These von Staabs Essay ist nun, dass der digitale Kapitalismus verspreche, dieses Problem durch die Rationalisierung des Konsums zu beheben.

Rationalisierung des Konsums

Die Rationalisierung des Konsums beschreibt Staab analog zu der seiner These nach der Vergangenheit angehörenden Rationalisierung der Produktion. Letztere habe ab den 1980er Jahren unter dem Schlagwort der „Lean Production“ („Schlanke Produktion“, Anm. Redaktion) vor allem aus einer Dezentralisierung der Produktion und der verstärkten Integration von Wertschöpfungsketten bestanden. Parallel hierzu kommt es gegenwärtig zu einem Rationalisierungsschub, den Staab griffig als „Lean-Consumption“ bezeichnet (S. 64f). Als deren zentrale Charakteristika macht er vor allem drei Faktoren aus. Erstens eine effizientere Warenzirkulation durch die Rationalisierung der Lagerlogistik, wie sie vor allem bei Amazon beobachtet werden kann. Zweitens eine durch allgegenwärtige Datenerhebung ermöglichte

individualisierte Werbung, die dem gesamten Onlinehandel zugrunde liege. Drittens der allzeitliche Zugriff auf den Warenmarkt durch Shopping-Apps auf tragbaren Geräten, die es ermöglichen, den Einkauf schnell noch auf dem Heimweg im Bus zu erledigen. Effizienzgewinne werden dabei vor allem durch eine Art digitale Selbstbedienung realisiert: War vormals noch Personal dafür nötig, meine Bedürfnisse zu erkennen und mir in Läden Waren zu verkaufen, so lässt sich dieses nun weitgehend durch digitale Programme einsparen. In diesem Zusammenhang erinnert Staab an das Konzept des „Prosumers", die Figur, in der ProduzentIn und KonsumentIn verschmelzen. In Bezug auf die namensgebende Wachstumsproblematik stellt er fest, dass die Rationalisierung des Konsums keine neue Nachfrage generieren kann und deshalb mit dem Einzelhandel um dasselbe Konsumvolumen konkurriert, das auch ohne den E-Commerce realisiert worden wäre. Das Konsumptionsproblem bleibt deshalb weiterbestehen und der vielbeschworene Wachstumsschub erweist sich als falsches Versprechen.

Konsum gegen Produktion?

Staabs Beobachtung einer „Lean Consumption" erweist sich für eine kritische Theorie des digitalen Kapitalismus als überaus nützlicher Baustein. Vor allem, weil sie in der Lage ist, Analogien zwischen der Rationalisierung von Produktion und Konsum aufzuzeigen und so das Theorem des „Prosumers" weiterzuentwickeln. Auch die Feststellung, dass das Versprechen „disruptiver Innovation", also die Neuerfindung ganzer Marktsegmente, auf der ideologischen Ebene ein zentrales Element des digitalen Kapitalismus darstellt, hat gerade in Bezug auf die von ihm untersuchten Wachstumsversprechen hohe Erklärungskraft. Fraglich ist dagegen, ob Staabs Ausspielen von Konsum- gegen Produktionssphäre einer Theorie des digitalen Kapitalismus zuträglich ist. Seine These ist hier, dass in der Produktionssphäre „eine grundlegende Veränderung der Rationalisierungslogiken nicht stattgefunden" habe (S. 58). Staab sieht in der Dezentralisierung und Individualisierung der Produktion vielmehr alte Strategien der 80er und 90er Jahre. Digitale Technologien radikalisieren für ihn nur klassische Kontrollstrategien der Überwachung, weshalb er vom „digitalen Taylorismus" spricht (S. 92f.). Nun trifft dieses Argument jedoch auch auf die von ihm angeführten Neuerungen in der Konsumsphäre zu. Das von ihm zitierte Theorem des „Prosumers" als Beobachtung der Rationalisierung des Konsums stammt selbst aus dem Jahr 1980 (Toffler 1980). Die Integration von Konsum und Produktion stellt unabhängig von der Digitalisierung, gerade im Zusammenhang mit der Strategie der Selbstbedienung, eine bewährte Rationalisierungsstrategie dar. Paradebeispiel für eine solche KonsumentInnenarbeit sind die Warenhäuser und Selbstbau-Produkte von IKEA. Das heißt nun keineswegs, dass Staabs Beobachtungen falsch wären. Die mit der Figur des Prosumers beschriebenen Rationalisierungsstrategien werden unter Bedingungen der Digitalisierung auf eine neue Stufe gehoben, die vorher völlig undenkbar war. Gleiches trifft auch auf die Produktionssphäre zu. Die den aktuellen Rationalisierungsstrategien zugrundeliegenden Ideen reichen sogar noch weiter als in die 1980er Jahre zurück, nämlich bis zur Kybernetik der 1950er Jahre. Bereits dort wurde die Strategie entwickelt, industrielles Management mittels Feedbacktechniken, wie sie auch Staab mit dem Begriff der „Peer-to-Peer-Herrschaft" identifiziert (S. 96 f.) zu automatisieren und zu einer kontrollierten Selbstorganisation zu gelangen. Es sind jedoch erst die heutigen Technologien der digitalen Prozesssteuerung, die diese Strategien in vollem Umfang realisierbar machen. In der Nachkriegszeit war die Idee des unmittelbaren Feedbacks schlicht technisch nicht realisierbar, da das industrielle Steuerungspersonal nicht über die heutige Sensortechnologie und vernetzte Kleinstcomputer verfügte.

Technik und Strategie

Sowohl in der Konsum- als auch in der Produktionssphäre ist die digitale Technologie also eingebettet in historische Strategien und Kämpfe, die außerhalb der Technologien selbst zu verorten sind. Die technologische Entwicklung hebt diese Strategien auf eine weitere Ebene und führt teilweise zu deren Transformation. Deshalb gilt es, sowohl die Entwicklungen der Konsum-

als auch der Produktionssphäre in eine kritische Theorie des digitalen Kapitalismus mit einzubeziehen, wie es Staab selbst mit seinem Theorem des „digitalen Taylorismus“ ja auch tut. Philipp Staab leistet mit dem vorliegenden Essay einen wertvollen Beitrag zur Weiterentwicklung dieser Theorie. Lesenswert ist der Band vor allem aufgrund der originellen Dekonstruktion der aktuellen Wachstumsdiskurse und seiner empirisch unterfütterten prägnanten Thesen zur „Lean Consumption“.

Zusätzlich verwendete Literatur

Nachtwey, Oliver/Staab, Philipp (2016): Die Avantgarde des digitalen Kapitalismus. In: Mittelweg 36, Jg. 24, Heft 6: S. 59-84.
Toffler, Alvin (1980): Die Zukunftschance. Bertelsmann, München.

Philipp Staab 2016:
Falsche Versprechen. Wachstum im digitalen Kapitalismus.
Hamburger Edition, Hamburg.
ISBN: 978-3-86854-305-6.
133 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Simon Schaupp: Die falschen Versprechen des digitalen Kapitalismus. Erschienen in: Antiimperialismus global. 43/ 2017, Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1406. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Hacker aller Länder, vereinigt euch!

Pola Oloixarac
Kryptozän

Dass man in technologieverrückten Zeiten noch gute Science-Fiction Romane schreiben kann, beweist die junge argentinische Autorin.

Rezensiert von Susanne Lang

Wie begreifen wir eine Welt, in der die Grenzen zwischen Mensch und Maschine zunehmend schwer auszumachen sind? Dieser Frage geht die argentinische Autorin Pola Oloixarac in ihrem Roman „Kryptozän" nach. Das Kryptozän, so die dem Roman zugrunde liegende Idee, ist die sich dem Anthropozän (eine Bezeichnung des aktuellen Erdzeitalters, über die gerade diskutiert wird) anschließende Epoche, in dem nicht mehr der menschliche Einfluss auf die Entwicklung des Planeten Erde zentral ist, sondern etwas Nicht-Fassbares, im Verborgen bleibendes, kryptisches: ein Mensch-Maschine-Hybrid.

Kryptozän ist Pola Oloixaracs zweiter Roman. Die 1977 geborene Autorin wurde mehrfach mit Literaturpreisen ausgezeichnet und legt auch mit diesem Roman ein literarisch ausgereiftes Werk vor: verdichtet, mit vielen angedeuteten Querverweisen und Referenzen von der griechischen Antike, über die Botanik des 19. Jahrhunderts bis in die Sphären der Computerwelt und der Genetik. Wer in keiner der Welten zu Hause ist, sollte viel Zeit und Wikipedia bereithalten, um dem Erzählfluss folgen zu können.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung trifft einen Nerv der Zeit. In den letzten drei Monaten des Jahres 2016 gab es gleich drei Konferenzen, in denen Linke versuchten, die Themen Mensch und Maschine, Digitalisierung und Kapitalismus, Widerstand und das Verhältnis der Linken zu den Internet-Technologien auszuloten. Alle drei Konferenzen nehmen verschiedene Aspekte in den Fokus, die sich interessanterweise alle in dem Roman von Pola Oloixarac wiederfinden lassen und von ihr in einem Science-Fiction-Szenario bearbeitet werden.

Eine der erwähnten Konferenzen, der BUKO-Kongress zum Thema Technologie, fand am ersten Oktoberwochenende 2016 in Köln statt. Unter dem Titel „Leben ist kein Algorithmus - Solidarische Perspektiven gegen den technologischen Zugriff“ wurde vor allem auf den gewaltsamen und mörderischen Aspekt der neuen Technologie hingewiesen: Überwachung, Cyberwar, Drohnenkriege. In der Suche nach Gegenstrategien, die sich in autonomer Tradition auf Verweigerung konzentrieren, sieht es dann jedoch schnell dünn aus, was angesichts der Übermacht der sich neu formierenden Herrschaftsinteressen nachvollziehbar ist.

Eine viel grundsätzlichere Perspektive nahm am letzten Novemberwochenende 2016 der in Hamburg stattfindende Kongress des kommunistischen »…ums Ganze!«-Bündnisses unter dem Titel „reproduce(future)" ein. Wie verändert Technologie die einzelnen Gesellschaftsbereiche, wie beispielsweise die Produktion, Arbeitskämpfe und Reproduktion? Was ist – ganz grundsätzlich – ein linkes Verhältnis zu Technologie, zwischen kritischer Distanz und Aneignung? Nach konkreten Gegenstrategien wurde auf der Konferenz nicht gesucht, vielmehr ging es um eine grundsätzliche

Auslotung der gesellschaftlichen Verhältnisse unter der Bedingung der Digitalisierung.

In Berlin fand schließlich am ersten Dezemberwochenende eine von der Rosa Luxemburg Stiftung organisierte Konferenz statt: „Unboxing Algorithmen, Daten und Demokratie“ war der Titel und auch das Programm. Im Zentrum stand die Frage, wie die zunehmende Rolle von maschinell erschaffenen Algorithmen und eine auf Daten basierende Gesellschaft mit einer Demokratie vereinbar sind. Welche Regulierung wird notwendig, welche konkreten Handlungsansätze denkbar. Ganz im Gegensatz zu der Hamburger Perspektive geht es hier nicht um das Richtige, das man tun müsste, wenn man die Macht dazu hätte, sondern um das Mögliche, was man jetzt tun könnte, um im Strom der Entwicklungen noch etwa mitzugestalten und zu retten, was an der Demokratie zu retten ist.

Alle drei Perspektiven – Verweigerung als alltägliche Widerstandspraxis; die Suche nach dem Richtigen, was zu tun ist; eine konkrete Gestaltung der aktuellen Situation, um zumindest eine Form der Demokratie zu erhalten – führen in „Kryptozän“ zu ein und demselben Ergebnis: Der Übernahme der Welt durch ein von Menschen nicht mehr kontrollierbares Maschine-Mensch-Wesen. Es scheint, als wäre der Lauf der Welt schon längst unaufhaltbar – zumindest für Menschenhand.

Die Vermessung der Zukunft

Der 189 Seiten lange Roman besteht aus drei miteinander verwobenen Teilen, die jeweils in einer Zeitebene spielen. Die erste Zeitebene ab dem Jahr 1882 berichtet von den Forschungsreisen des Botanikers Niklas Brunn. Gemeinsam mit Orchideenjägern und Insektensammlern bereist er den brasilianischen Urwald und erlebt dort einige phantastische Abenteuer, die sich vor allem um wundersame Pflanzen und wilde Sexorgien ranken. Im Mittelpunkt von Niklas Interesse stehen genau die Lebensformen, die weder richtige Pflanzen noch Insekten sind, weder richtig lebendig noch tot erscheinen und ihre Spezies - meistens durch eine Art von Sex mit in Hängematten liegenden komatösen Frauen - verändern können. Was anfänglich noch wie eine Passion erscheint, entwickelt sich im Laufe der Zeit zur Obsession und so verliert sich Niklas in seinen Experimenten und in dem Versuch, sich selbst darin aufzulösen.

Die utopische Weiterentwicklung von Niklas ist Piera, eine junge ambitionierte Biologin aus dem Jahr 2024. Pola Oloixarac rahmt mit den beiden Figuren die technische Entwicklung der Welt, die heute dem Menschen so gefährlich zu werden scheint. Beide sind konsequent zu Ende gedachtes Resultat der Aufklärung und des damit geborenen Forscherwillens, die Welt um jeden Preis zu vermessen und zu verändern. Piera ist darauf spezialisiert, DNA-Proben aus der Luft zu filtern und nach Bekanntem oder Unbekanntem zu durchsuchen. Bionose – die Bio-Nase – ist eine der dystopischen Erfindungen des Romans, die der Kartierung und damit einhergehenden Überwachung der Menschen dient. Sie werden im Jahr 2024 unterhalb von Überwachungskameras montiert und haben die Form einer kleinen Nase. Sie ergänzen die Daten der Kameras mit Proben aus der Luft. Die Schwierigkeit im Jahr 2024 ist allerdings immer noch, diese richtig zuzuordnen und zu bewerten.

Nicht alle Menschen beugen sich dieser Totalüberwachung. Es gibt den „Widerstand“, junge Frauen, die Sand ins Getriebe werfen wollen. Sie übermalen ihre Gesichter, um von den Überwachungskameras nicht vermessen werden zu können, sie zünden Autos an, um Zeichen zu setzen. In „Kryptozän“ sind sie leider zu völliger Bedeutungslosigkeit verdammt: die Technologie ist ihnen voraus, während die Aktivistinnen noch gegen Überwachungskameras kämpfen, ist der gesamte Genpool der Bevölkerung schon erfasst und die Überwachung durch die Bio-Nasen längst Praxis.

Auch die Biologin Piera hat ein widerständiges Verhältnis zur Totalüberwachung. Aber sie löst diesen Konflikt individuell: ihr eigenes Bedürfnis nach Privatheit, das sich vor allem darin

erschöpft, unbeobachtet Pornos zu schauen, schützt sie über *Tor*, eine Verschlüsselungstechnologie, die es auch im Zeitalter der Quantencomputer noch geben soll. Die wissensdurstige Piera ist aber vor allem durch die gleiche Obsession getrieben, der auch Niklas 150 Jahre zuvor verfallen war: Wie weit reicht die menschliche Macht, die Natur zu durchdringen und in der Konsequenz zu gestalten? Sind die Menschen Herrscher oder Beherrschte?

So landet Piera in dem neuen Forschungsunternehmen STROMATOLITHON. Das STROMATOLITHON ist ein Start-up mit universitärer Anbindung aus dem Bereich Bio-Computertechnologie. Mit Hilfe von Quantencomputern mit schier unvorstellbarer Rechenkapazität sollen sämtliche inzwischen angelegte DNA-Datenbanken von sämtlichen Menschen Lateinamerikas mit den Überwachungsdaten aus Kameras und Bionosen in Zusammenhang gebracht werden. Was genau der gesuchte Zusammenhang ist, bleibt im vagen, vermutlich sollen das die mächtigen Algorithmen selbst definieren.

Radikale Demokratisierung oder Unterwerfung?

Aber alles kommt anders. Denn Piera trifft auf Cassio. Cassio ist ein argentinischer Hacker, der in der zweiten Zeitebene eingeführt wird, die 1983, im Jahr seiner Geburt, beginnt. Cassio ist nicht nur ein einsamer Eigenbrödler, sondern auch besonders talentiert im Programmieren, seine Computerviren sind legendär. Auch Cassio ist von seinem Forschergeist getrieben und sucht permanent die technische Herausforderung. Kein Wunder, dass er im Alter von 41 Jahren das STROMATOLITHON mit aufbaut.

Piera und Cassio teilen die Obsession, mit Hilfe von Technik die Natur verstehen, durchleuchten und beherrschen zu wollen. Ihre Liaison, um das Unmögliche auszuprobieren, scheint unausweichlich. Sie entwickeln eine Kreuzung aus Computerviren und biologischen Viren, programmiert von Cassio. Das Virus zieht am Ende des Romans aus, sich zu vervielfältigen und die Daten der Welt zu erbeuten und gleichzeitig allen Infizierten Zugang zum eigenen Datenreservoir zu gewähren. Diese Unterwerfung erscheint zuerst als eine radikale Demokratisierung der Daten, aber genau weiß das nur das Virus selbst, dessen Plan dem Lesenden verborgen bleibt.

Cassio ist der Hauptheld und Hoffnungsträger des Kryptozäns. Zwanzig Jahre seines Lebens verbringt er in Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Bedingungen und sucht – in typischer Hackerart – nach dem Fix, nach der technischen Lösung des Problems. Er nimmt dabei leider nicht die real existierenden gesellschaftlichen Bedingungen zum Ausgangspunkt seines Handelns, sondern theoretische Überlegungen einer richtigen Welt. Dass er dabei über sein eigenes Denken – so genial es auch sein mag – nicht hinauswachsen kann und notwendigerweise zum Erfüllungsgehilfen der neuen kryptischen Macht wird, überrascht nicht. Mit Hilfe eines von ihm angelegten Botnetzes kann er zwar für eine ungehinderte Verbreitung seines Virus sorgen. Aber der Virus ist am Ende selbstlernend und so verliert auch Cassio die Kontrolle über dessen Ausrichtung: Wie einst der Zauberlehrling, der seine Kräfte über- und die Konsequenzen seines Handelns unterschätzt, erschafft er mit dem Versuch, die Überwachungsdaten zu demokratisieren, ein selbstlernendes, selbststeuerndes, perfektes System.

Der Roman Oloixaracs ist schwer verdaulich und hinterlässt einen apokalyptisch-typischen fahlen Nachgeschmack. Es scheint, dass all die technischen Details und beschleunigten Entwicklungen den Blick auf das Wesentliche zu sehr verstellen, denn die Frage nach der Formierung der menschlichen Interessen, die über die individuellen Interessen hinausgehen, fehlt. Privatheit, sexuelle Begierde und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit sind sicherlich wichtige Motive für das Handeln von Menschen. Auch das persönliche Erfahren von Totalüberwachung und Repression führt bei vielen zu Verweigerung und Dissidenz. Doch am Ende des Tages sind diese individuellen Entwicklungen nur als Massenphänomen wirksam, müssen dann aber über die individuellen Ängste, Nöte und Sorgen hinaus wachsen.

„Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Welt nur deswegen nicht zusammenbricht, weil es zu viele gute Menschen gibt. Die Nichtzerstörung aller Systeme lässt sich nur erklären, wenn man von einer Mehrheit von guten Menschen ausgeht, die sich um das Wohlergehen aller sorgen.“ (Cassio denkt über die Welt nach, S. 96)

Die Geschichte der Menschheit lehrt uns, dass es gerade und nur die Menschen sind, die es schaffen können, gemeinsame, verallgemeinerbare Interessen zu entwickeln, die über das Individuum hinausgehen und eine gerechte Gesellschaft zum Ausgangspunkt haben. Darum stellt sich die Frage an Oloixarac, an Hamburg, Köln und Berlin: Wo finden die Klassenkämpfe heute und morgen statt?

Pola Oloixarac 2016:
Kryptozän.
Verlag Klaus Wagenbach, Berlin.
ISBN: 978-3-8031-3280-2.
192 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Susanne Lang: Hacker aller Länder, vereinigt euch! Erschienen in: Repression und Überwachung. 42/ 2017, Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1386. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Unsichtbar bleiben?

Holger Wilcke
Illegal und unsichtbar?
Papierlose Migrant*innen als politische Subjekte

Mit welchen Strategien Illegalisierte ihren Alltag bewältigen und die Gesellschaft verändern.

Rezensiert von Michael Jungwirth

Wie viele Menschen in Deutschland in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität leben, ist nicht klar. Zuverlässige Zahlen gibt es – fast schon selbsterklärend – nicht: Menschen, die in Deutschland illegalisiert sind, setzen auf Strategien der Unsichtbarkeit. Nicht umsonst wird auch (gerade im Englischen) von undokumentierten Migrant*innen oder undocumented migrants gesprochen. Sie vermeiden es, entdeckt zu werden, um Abschiebungen zu entgehen. Das bedeutet aber auch, dass sie ihr Leben anders bewältigen müssen als Menschen mit gesichertem Aufenthaltsstatus.

So wird ihnen der Zugang zum regulären Arbeits- oder Wohnungsmarkt verwehrt. Auch ärztliche Besuche stellen ein Problem dar, da hier zumeist sensible Daten an Ausländerbehörden weitergegeben werden oder schlicht die Krankenversicherung fehlt. Und schließlich können sich auch vermeintliche Kleinigkeiten wie Fahrscheinkontrollen oder zufällige Begegnungen mit der Polizei zum großen Problem entwickeln. Daher nutzen Illegalisierte bewusst verschiedene Strategien, um ihr Leben und ihren Alltag bewältigen zu können. Sie teilen ihre Informationen und Wissen und finden Zugang zu Wohnungs- und Arbeitsmarkt, zu Schulen und zu Krankenhäusern.

Diese Lebensrealitäten von Illegalisierten in Deutschland beschreibt Holger Wilcke in seiner Studie. Diese ist einerseits empirisch gestaltet und greift auf viele Interviews mit Betroffenen zurück. Andererseits ist es aber auch eine theoretisch sehr anspruchsvolle Arbeit, die mitunter ein gewisses Vorwissen in wissenschaftlichen Debatten voraussetzt.

Wilcke verdeutlicht einerseits, dass Illegalisierte Teil der Gesellschaft sind – wenn auch zumeist unsichtbar. Und dass sie, auch wenn sie selten öffentlich sprechen oder wahrgenommen werden, dennoch handelnde Subjekte sind, die sich Rechte nehmen, die ihnen eigentlich verwehrt werden. Wodurch sie in letzter Konsequenz auch wieder Gesellschaft verändern.

Die Autonomie der Migration als gesellschaftsverändernde Kraft

Ausgangspunkt und theoretischer Rahmen ist das Konzept der Autonomie der Migration mit dem Politikverständnis von Jacques Rancière. Dieser beschreibt, dass es in einer Gesellschaft immer Anteilslose gibt, deren Sprachakte nicht wahrnehmbar sind und die damit in der hegemonialen Ordnung ausgeschlossen und unsichtbar bleiben. Diese Annahmen verbindet Wilcke mit der im Konzept der Autonomie aufgeworfenen Frage, wie Migration die bestehende gesellschaftliche Ordnung verändert. Nicht nur Migration allgemein wird hier als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Veränderung gedacht. Vielmehr sind Illegalisierte die Protagonist*innen gesellschaftlicher Transformation. Deren Praxen sollen daher als Ausgangspunkt dieser Veränderungen analysiert

werden. Denn, so argumentiert Wilcke wieder mit Bezug auf Rancière, gesellschaftliche Veränderung findet dann statt, wenn die Ausgeschlossenen ihre Anteile einfordern. Genau dieses Einfordern und das Verändern von Gesellschaft ist der zentrale Punkt von Wilckes Buch. Auf den ersten Blick scheint es zwar widersprüchlich, wie Illegalisierte, die auf Strategien der Unsichtbarkeit zurückgreifen, ihre Forderungen öffentlich formulieren sollen. Im weiteren Verlauf argumentiert Wilcke jedoch, dass gerade das Unwahrnehmbarwerden die Konstitution von politischer Subjektivität ermöglicht.

Nicht nur legt das Buch seine Theorie-Werkzeuge dar, es erläutert auch die Hintergründe von Illegalisierung und Entrechtung im Zusammenhang mit Aufenthaltspolitik und wie Illegalität konstruiert wird. Gleichzeitig wird auch gezeigt, wie Gesellschaft auch aufgrund migrantischer Kämpfe ihre Beschaffenheit erhält. Eine solche Auseinandersetzung wird mit der Geschichte von Gewerkschaften und deren Engagement für Illegalisierte (oder deren Ausschluss) erzählt.

Von größter Bedeutung waren hier vor allem Interventionen in die Gewerkschaften hinein, etwa von Seiten der Gesellschaft für Legalisierung oder Respect Berlin, worüber sich auch Illegalisierte selbst äußern konnten. Die Formen der Intervention ermöglichten ihnen, gehört zu werden, ohne gleichzeitig persönlich zu sichtbar zu werden und sich in Gefahr zu begeben. Über die Auseinandersetzung mit deutschen Gewerkschaften macht Wilcke am deutlichsten sichtbar, was er mit gesellschaftlicher Transformation durch Illegalisierte beziehungsweise Anteilslose meint. Gerade die Verschiebung der Position (von zumindest Teilen) der Gewerkschaften zu illegalisierter Arbeit veranschaulicht das gesellschaftsverändernde Potential von Migration.

Veränderung geht aber nicht nur von Migration selbst, sondern auch von Migrant*innen aus. Der Fokus liegt deshalb auf den Lebensrealitäten von Menschen ohne Aufenthaltsstatus und wie sich Illegalität auf ihren Alltag auswirkt. Die Analyse strukturiert Wilcke entlang von unterschiedlichen Lebensbereichen: Wie weit etwa transnationale soziale Netzwerke eine Rolle für die Bewältigung des Alltags spielen, aber auch wie sich Sexismus und Rassismus auf ihr Leben auswirken.

Verbindungen zu Familie und Freunden in den Herkunftsländern sind wichtiger Teil des Alltags von Illegalisierten. Sie unterstützen Menschen, die ihnen nahe sind – und empfangen selbst wiederum von diesen Unterstützung. Illegalisierte können aber auch – unabhängig von Aufenthaltsstatus – direkt von sexistischen oder rassistischen Angriffen betroffen sein. Der Unterschied ist aber, dass sie diese nur sehr viel schwerer sichtbar machen können, da über allem die ständige Gefahr schwebt, abgeschoben zu werden.

Wilcke gelingt es, die Entrechtung und den Alltag aus der Perspektive der Migrant*innen selbst zu beschreiben. Er arbeitet insbesondere mit vielen direkten Zitaten aus geführten Interviews – was die Betroffenen selbst zu Wort kommen lässt. So entsteht ein klareres Bild über die Probleme, die mit fehlendem Aufenthaltsstatus einhergehen, aber auch über Handlungsmacht und Strategien von Illegalisierten, die die Bewältigung des Alltags möglich machen. Deutlich wird auch, wo Ausschlüsse und Hürden im alltäglichen Leben auftreten, die sich nur aus der Erfahrung von Illegalisierten erkennen lassen.

Sichtbar werden, unsichtbar bleiben?

Treffend beschreibt Wilcke auch die Ambivalenz der Praxen von Illegalisierten. Denn Sichtbarwerden bedeutet immer auch ein Risiko für Menschen, die von Abschiebung bedroht sind. Doch das Potential zur Veränderung liegt eben nicht nur im Sichtbarwerden, sondern äußert sich in den Alltagspraxen, die eben nur für Betroffene (und Menschen, denen sie das erzählen) sichtbar sind. Teilhabe muss nicht unbedingt eingefordert werden, sie kann sich auch einfach angeeignet werden.

Hier kehrt Wilcke wieder zu Rancière zurück und präsentiert, wie Illegalisierte Gesellschaft

verändern. Auch dieses Aneignen von Rechten, das nicht mit Forderungen verbunden sein muss, ist politisch. Denn: Illegalisierte nehmen sich ihre Rechte. Sie arbeiten, haben Wohnungen, gehen zum Arzt und schicken ihre Kinder zur Schule. Und darüber werden sie zu einem aktiven und partizipierenden Teil der Gesellschaft.

Gerade mit Blick auf den zunehmend schwierigeren Zugang zu Asyl und einer immer restriktiveren Migrationspolitik und geplanten Abschiebeoffensiven sind die Perspektiven und Strategien von Illegalisierten besonders wichtig. Nicht nur um zu sehen, wo Gesellschaft Menschen ausschließt, sondern auch um zu fragen, wie sich Gesellschaft verändern lässt.

Holger Wilcke 2018:
Illegal und unsichtbar? Papierlose Migrant*innen als politische Subjekte.
Transcript Verlag, Bielefeld.
ISBN: 978-3-8376-4197-4.
280 Seiten. 29,99 Euro.

Zitathinweis: Michael Jungwirth: Unsichtbar bleiben? Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1485. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Auf Kuschelkurs mit Kubitschek

Thomas Wagner
Die Angstmacher
1968 und die Neuen Rechten

Mit Rechten reden, um ihnen etwas entgegen zu setzen - kann das gut gehen?

Rezensiert von Elisabeth Voß

Ich schätze den Autor Thomas Wagner sehr, insbesondere „Demokratie als Mogelpackung“ und „Robokratie“ habe ich mit großem Gewinn gelesen. Mit seinem neuen Buch „Die Angstmacher“ präsentiert er ein Patchwork aus linker und rechter Geschichte seit 1968, Schnipseln aus Philosophie und Kultur, sowie Gesprächen nicht nur über Rechte, sondern auch mit rechten Vordenker*innen wie Alain de Benoist, Götz Kubitschek, Ellen Kositza und anderen. Ich bin weder davon überzeugt, dass es notwendig ist, ausgerechnet mit diesen Personen zu sprechen, noch mag ich dem Autor rigoros widersprechen. Ist das nicht alles viel komplexer?

Die Ausgangsthese seines Buches formuliert der Autor in einem Argument-Beitrag prägnanter als im Buch selbst:

„Weil sich die Protagonisten der Neuen Rechten vom Nazi-Faschismus distanzieren, keinen autoritären Führerstaat, sondern mehr direkte Demokratie propagieren, von der Linken die Bedeutung der Theoriearbeit gelernt haben, an die Popkultur andocken, gewaltfreie Methoden verwenden, die Provokationsmethoden der Studentenbewegung als rechte Spaßguerilla adaptieren […], ist es heute und wird es in Zukunft schwerer sein, sie als politische Gegner erfolgreich zu bekämpfen.“ (Wagner 2018, S. 110)

Seine Schlussfolgerung leuchtet ein: „Nur wer begreift, wie die Akteure wirklich denken, ist in der Lage, angemessen auf ihre Provokationen zu reagieren“ (S. 28).

Allerdings irritiert mich bereits seine Einleitung, in der er eine Kundgebung in Berlin im Jahr 2015 schildert. Dort wird sowohl die Parole „Merkel muss weg“ als auch in Richtung der Gegendemonstranten „Nazis raus!“ gerufen. Tourist*innen fragen, wer hier eigentlich die Nazis, wer die Guten und wer die Bösen seien. Der Autor klärt auf: „Die militanten Jungs sind von der Antifa, also Linke. Die Alten mit den Blumen von der AfD, also Rechte“ (S. 11). Warum stellt er die politischen Gegner*innen von der AfD verharmlosend als sanftmütige „Blumenkinder im fortgeschrittenen Alter“ (ebd.) dar, und kontrastiert sie mit jungen, militanten, schwarzgekleideten linken Männern?

So viel Männlichkeit

Wagner geht es nicht darum, herauszufinden, „was an dem Denken der Neuen Rechten ‚falsch’ ist“, sondern sich „den Wahrheitskernen ihrer Weltsicht anzunähern und deren Faszinationskraft nachzuspüren“ (Wagner 2018, S. 108). Mutig räumt er ein: „Ursprünglich hatte ich auch mehr von

meinen eigenen Berührungspunkten zum rechten Denken (und Fühlen) erzählen wollen. An dieser Selbsterkundung bin ich jedoch gescheitert – schon aus Zeit- und Platzgründen." (ebd.) Einen kleinen Einblick gibt er jedoch, indem er berichtet, dass er vor 30 Jahren von dem japanischen Schriftsteller Yukio Mishima und der „Radikalität, mit der dieser Autor sein ganzes Leben auf einen selbst erdachten Entwurf zu stellen schien" (S. 199), fasziniert war. Der „sensible Autor" (ebd.) Mishima galt lange als Linker und wendete sich erst spät der radikalen Rechten zu. „Für mich war der japanische ‚Faschist' ein Wegweiser der eigenen Befreiung" (ebd.) gesteht Wagner. Mishima verarbeitete auch seine Homosexualität literarisch, und beging 1970 rituellen Suizid. Thomas Wagner schildert diesen qualvollen Akt so ausführlich, als wäre er selbst dabei gewesen.

Bei seinen kulturellen Erkundungen spürt Wagner erschreckende Bilder von Männlichkeit und Gewalt auf. Dabei zitiert er fast ausschließlich Männer. Beispielsweise aus der von Götz Kubitschek herausgegebenen Zeitschrift *Sezession* zur Loveparade: „Techno war Krieg […] Trommelfeuer- und Stahlgewitter-Ersatz" (S. 107). Er führt den von Armin Mohler beschriebenen „faschistischen Stil" an, geprägt von der „Ästhetisierung von Kampf, Krieg, Heldentat und Opfertod" (S. 123). Auch Peter Sloterdijk kommt zu Wort, der „Herrentugenden" und „Wehrbereitschaft" (S. 235) gegen muslimische Einwanderer_innen fordert. Der Philosoph vermisst den Thymos, eine als männlich definierte Vitalität, ebenso wie Götz Kubitschek, der die „Entmännlichung des deutschen Volkes" (S. 237) beklagt.

Wagner hat einen beeindruckenden Fundus an Quellen zusammengetragen. Seine Darstellungen scheinen zwischen Abscheu und Faszination zu schwanken. Zwischen den Zeilen zieht sich die Frage nach männlicher Identität durch das ganze Buch, ohne jedoch ausdrücklich thematisiert zu werden. Der Autor möchte herausfinden, was die Rechten attraktiv macht „gerade auch für intelligente und empfindsame junge Leute" (S. 108). Ich übersetze: Warum fühlen sich ausgerechnet sensible junge Männer von den martialischen Rechten angezogen? Und dann fallen mir die militanten Linken aus der Einleitung ein…

Ein Gesprächspartner des Autors ist der Schriftsteller und frühere APO-Aktivist Frank Böckelmann. Dieser war schon Mitte der 1960er Jahre – zusammen mit dem kürzlich verstorbenen Dieter Kunzelmann – bei der Subversiven Aktion, die sich an der Situationistischen Internationale orientierte. Mit provokanten Aktionen sollte die Gesellschaft verändert werden. Auch in der Schilderung dieses Teils der linken Geschichte tauchen ausschließlich männliche Namen auf. Frank Böckelmann geht heute zu Pegida-Demos.

Einzige Gesprächspartnerin ist Ellen Kositza. Die Publizistin und Ehefrau von Götz Kubitschek findet Alice Schwarzer sehr sympathisch und beschäftigt sich mit Feminismus, ohne sich selbst als Feministin zu verstehen. Starke Bilder von Weiblichkeit finde ich in dem Gespräch mit ihr nicht.

Zu Gast bei Kubitschek

Götz Kubitschek und Ellen Kositza leben am Sitz des neurechten Think-Tanks Institut für Staatspolitik in Schnellroda in Sachsen-Anhalt. Wagner betont: „Ich habe Kubitschek und Kositza als angenehme Gesprächspartner in Erinnerung, aufmerksam, konzentriert, sachlich und neugierig auf ihr Gegenüber, von dem sie wussten, dass er aus der radikalen Linken kommt" (Wagner 2018, S. 112). Bei Kartoffelchips und Rotwein fragt er die beiden freundlich, warum sie mit dem, was sie innerlich bewege, „von außen so viel Widerstand bekommen" (S. 261). Als Kubitschek erzählt, dass er gewaltlosen Widerstand für angemessen hält, scheint es fast, als wolle der Autor mit ihm gemeinsam herausfinden, wo der Verdacht der Gewaltbereitschaft nur herkäme. Die Gewalttätigkeit in Kubitscheks Gedankengut aufdecken? Fehlanzeige.

Auch Richard Gebhardt kritisiert, dass Thomas Wagner Kubitschek nicht auf dessen Aussage in seinem Buch „Provokation" von 2007 angesprochen hat. Kubitschek hatte damals Gespräche und

Runde Tische zurückgewiesen mit den Worten: „Nein, diese Mittel sind aufgebraucht, und von der Ernsthaftigkeit unseres Tuns wird Euch kein Wort überzeugen, sondern bloß ein Schlag ins Gesicht.“ (zit. nach Gebhardt 2017, S. 563) Wagner wiederum entgegnet, er habe Kubitschek aufgesucht, um ihn zu befragen, „nicht um mit ihm zu streiten“ (Wagner 2018, S. 112). Aber wäre eine Nachfrage zur Klärung schon Streit? Und welchen Sinn haben Gespräche mit Rechten, wenn sie ihnen nur die Gelegenheit zur unhinterfragten Selbstdarstellung bieten?

Zurück bleibt spürbares Unbehagen, das sich wenig später verstärkt. Wagner überschlägt sich geradezu beim Lob des Buches „Die Einzelfalle“ von Ellen Kositza. Ihrer Kritik an „Critical Whiteness“ und „einer jedes vernünftige Maß überschreitenden Political Correctness“ (S. 242) schließt er sich bereitwillig an. Brauchen Linke wirklich rechte Autor*innen, um eigene Probleme zu thematisieren?

Inhaltliche Überschneidungen zwischen Rechts und Links werden zwar deutlich, zum Beispiel bei der Kritik an der Zerstörung der Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen durch globale Konzerne, was zu Fluchtursachen führt. Die rechten Gesprächspartner*innen von Thomas Wagner sind gebildete Intellektuelle, die großen Wert darauf legen, sich von stumpfen Nazis und dem Nationalsozialismus zu distanzieren. Flüchtlinge sind für sie Opfer, mit denen sie sich jedoch – und das ist der Unterschied zu den meisten Linken – nicht solidarisch erklären, sondern sie als Konkurrenz für marginalisierte Einheimische sehen.

Mit Rechten reden?

An Theatern in Zürich und Magdeburg wurden im Jahr 2017 Diskussionsveranstaltungen mit dem AfD-Politiker Marc Jongen und mit Kubitschek nach Protesten abgesagt. Wagner fragt, „ob es tatsächlich eine gute Idee sei, rechte Intellektuelle vom politischen Diskurs auszuschließen, wie es immer wieder geschieht. Ist der offen geführte Streit nicht der viel bessere Weg, mit ihnen umzugehen?“ (S. 27) Seien nicht gerade Theaterbühnen geeignet, sich der offenen Auseinandersetzung mit Rechten zu stellen? Der Theaterdramaturg Bernd Stegemann bestätigt ihn. Falk Richter inszenierte die Auseinandersetzung mit der AfD an der Berliner Schaubühne, allerdings ohne deren Vertreter*innen persönlich auf die Bühne zu holen. Stattdessen verwendete er Fotos, wogegen die AfD klagte – erfolglos.

Mit Rechten reden? Warum sollten Bürgerinitiativen oder politische Veranstalter*innen die AfD zum Gespräch einladen, und damit ihrem brandgefährlichen und menschenverachtenden Gedankengut den Anschein von Normalität erteilen? Sollte da nicht besser das Motto gelten: „Mit Rechten spricht mensch nicht“? Es kommt doch darauf an, wer mit wem aus welcher Position heraus spricht, in welchem Kontext dies Sprechen stattfindet und was die Zielsetzung ist. In ausgewählten Situationen mit Rechten zu reden bräuchte gute Vorbereitung, und nicht zuletzt könnte eine feministische Perspektive hilfreich sein. Statt freundlicher Fragen wäre dann jedoch Konfrontation angesagt, um die Rechten mit Argumenten öffentlichkeitswirksam zu widerlegen – also genau das, was Thomas Wagner zwar vorschlägt, jedoch mit seinem Buch nicht einlöst. Die Menschenfeindlichkeit der Rechten auf Theaterbühnen zu entlarven, ist vielleicht gar keine schlechte Idee.

Zusätzlich verwendete Literatur

Gebhardt, Richard (2017): „…bloß ein Schlag ins Gesicht“ – 1968, die neue Rechte und die Grenzen des politischen Diskurses. In: Das Argument 324. Online einsehbar hier.
Wagner, Thomas (2018): Wer die Rechte bekämpfen will, muss ihr denken kennen – Eine Antwort auf Richard Gebhardt. In: Das Argument 325. Online einsehbar hier.

Thomas Wagner 2017:
Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten.
Aufbau Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-351-03686-7.
352 Seiten. 18,95 Euro.

Zitathinweis: Elisabeth Voß: Auf Kuschelkurs mit Kubitschek. Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1486. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Stifte zu Boxhandschuhen

SVK - Selbstverteidigungskurs mit Worten
Wir sind Heldinnen!
Unsere Geschichten

Zehn Berliner Mädchen schreiben in Kurzgeschichten über Freundschaft, Rassismus und Solidarität – alles andere als naiv!

Rezensiert von Kevin Grünstein

Ein „Selbstverteidigungskurs mit Worten“ aus Kreuzberg/Berlin hat einen Sammelband an Kurzgeschichten herausgebracht. Die Autorinnen sind zehn Mädchen im Alter zwischen sechs und 16 Jahren, die sich damit den Stift zum Boxhandschuh der Wahl gemacht haben: In größtenteils schriftlichen, mal kürzeren, mal längeren, manchmal bebilderten und fotografierten Erzählungen berichten die Mädchen von ihren Schul- und Freizeiterfahrungen: davon, sich ausgegrenzt und alleine zu fühlen, von Rassismus, aber auch von Freundschaft, Selbst-Empowerment und Solidarität im Klassenzimmer. Ins „Erwachsene“ gehoben sind die wunderbar detailreichen und – darauf wird zurückzukommen sein – entwaffnend naiven Geschichten nur durch ein Interview mit der Gruppenkoordinatorin und einen kurzen dokumentierenden Text zur „dekolonialen Praxis“. In ihm beleuchtet Olenka Nadia Bordo Benavides die Entstehung der Gruppe und situiert dekoloniale Praxis, „also das Sich-Frei-Machen von gelernten und internalisierten, machtunkritischen und kolonialen Strukturen“ (S. 276), innerhalb pädagogischer Arbeit. So musste gerade sie selbst „sehr oft darüber nachdenken, dass ich als erwachsene Person eine dominante und machtvollere Position als die Mädchen habe, wenn ich etwa versuchte, Sachen zu bestimmen“ (S. 282). Die bewusste Zurückhaltung der älteren Bezugspersonen des schreibenden Selbstverteidigungskurses macht es dankenswerterweise einfach, sich voll und ganz auf die Perspektiven der jungen Autorinnen einzulassen. Denn zwischen den Zeilen warten die ganz und gar nicht kindischen Ängste und Hoffnungen diskriminierter Menschen in der Großstadt Berlin.

Die Vermessung des Alltags

Im „Linealladen“ von Yana Luisa Weber Bordo beispielsweise folgt man einer zahlenverliebten Schülerin durch einen Alltag, dem sie, angefangen mit Körpergrößen und Lebensalter, omnipräsent den Zahlenstempel aufdrückt. Alles bekommt seine Chiffre, außer dem zentralen und für die Selbstverwirklichung des Kindes lebensnotwendigen Gegenstand: man erfährt nie, wie lang das Lineal ist, das sie kauft. Denn sie braucht es nicht zum Messen, sondern als Verlängerung ihres eigenen Armes, um endlich, gut sichtbar, ihre eigene Meinung im Klassenraum melden zu können. Bordo forciert diese Interpretation nicht! Wie nebenher kommt den Lesenden die Erkenntnis: Als Mittel zur Selbstkenntlichmachung ist das Lineal von un-*messbarem* Wert.

In der gleichen Geschichte spricht die junge Protagonistin zunächst ein selbstbewusstes **„Hallo!“**, das fett gedruckt im Raum steht. Nachdem sie von ihrer Lehrerin auf den Platz verwiesen wird, hört dies wieder auf. Der Fettdruck aus dem Seitenlayout verschwindet, solange bis die emanzipierte Retterinnenfigur in Gestalt der Linealladenverkäuferin auftaucht und der Protagonistin in **fett** ihre Lebensgeschichte erzählt und das Lineal mitgibt. Solche Stilmittel und kleinen Aha-Effekte finden sich in fast allen der Kurzgeschichten: Zunächst glaubt man an schlechtes Lektorat, inhaltliche

Logik- oder formelle Designfehler – irgendwann aber schaltet sich die Interpretationsmaschine des eigenen Kopfes an und es macht einen Klick, den keine Schriftsteller*in intentional hätte herbeiführen können: Man ist sich beim Lesen sicher, dass die eigene Interpretation eine Dreingabe in den Text ist; und doch wird sie merkwürdig stimmig. Als ob der Text diese Lesart doch gewollt hätte.

Inhaltlich bleiben die Geschichten immer auf dem Boden, auf den Straßen und in den Schulen Berlins. Sie drehen sich um Freundschaften, die trotz und gerade wegen erfahrener Ausgrenzungen entstehen, um das Gleichsein in der Andersheit, um Träume und Wünsche. Sie sind geradlinig in ihren Aussagen, lassen aber manche Verknüpfungen außer Acht, die eine „erwachsene" Erzählung stilvoll eingebaut hätte. Und nur deshalb ist es keine esoterische Lebensratgeber-Heuchelei, wenn die Schilderungen mit naiven Wahrheiten enden. Eine als Schnecke gezeichnete Lehrerin zum Beispiel, die eine kleine ich-erzählende Schnecken-Protagonistin immer auf Trab hält, „vergisst, dass wir alle eigentlich Schnecken sind und ich brauche meine Zeit" (S. 43). Punkt. Wo eine perfekt durchkomponierte Erzählung aus Erwachsenenhand zu einem solchen Schluss kommt, hätte sie sich genau deshalb bereits zur Lüge gekehrt: Den spiritualistischen Weisheiten des Alchemisten (Coelho), des kleinen Prinzen (Saint-Exupéry) und eines angeketteten Elefanten (Jorge Bucay) haftet genau diese peinliche Berechnung an, die die Leser*innenschaft nach beendeter Lektüre falsch mit der Welt versöhnt. Die Geschichten von „Wir sind Heldinnen!" dagegen sind durch ihren stilistischen (Nicht-)Aufbau ehrlicher.

Kindliche „Naivität" als politisches Werkzeug

Doch man verfehlt die Qualität der Texte (zugegebenermaßen: einiger mehr und anderer weniger), wenn man sie nur hinsichtlich ihres kindlichen Charmes liest und ihre Güte durch einen „Kinderbonus" beurteilte. Die große Überraschung in der Rezeption entsteht nicht aus der Diskrepanz von talentierter Erzählfähigkeit und doch so jungem Alter. Denn wirklich handelt es sich um ganz normale Kindergeschichten, das heißt, um Erfahrungen und Eindrücke, wie sie (stilistisch) jedes Kind erzählen könnte. Nein, die Qualität liegt im Auseinanderklaffen der Einfachheit der Erzählungen und der Verwirrung über die Welt, die sie hinterlassen. Das Tragische ist im simplen Aufbau enthalten: die Probleme sind klar, die zwischenmenschlichen Verletzungen deutlich, aber auch die Lösungen warten in vielen der Texte buchstäblich an der nächsten Straßenecke (ob im Schoß von Geschwistern und Eltern, im Gebüsch und Geheimversteck mit der neuen besten Freundin oder im Linealladen).

Tragisch ist das, weil so offensichtlich ist, dass uns nur ein Schritt trennt von einem Alltag ohne Bevormundung, ohne Rassismus, ohne Ängste – sich der status quo, siehe draußen, aber doch immer reproduziert. Bei manch erzählten „Problemchen" im Sammelband wird den erwachsenen Lesenden klar, dass es die eigene Frechheit war, das Problem als Trivialität zu verniedlichen: Denn was die Kinder alltäglich mitnimmt, wird dort emotional verstehbar und *kann* dann nicht mehr trivial sein. Es braucht in diesen Fällen keine avantgardistischen Mittel, um einen Erwachsenen mit einer solchen neuen An- und Einsicht zu verblüffen. Im Gegenteil: Die entwaffnende Irritation entsteht durch die Reduktion der Stilmittel, dadurch, dass schlichtweg gezeigt wird, was da ist. Die Geschichten sind im besten Sinne naiv.

Wie traumatisierend Schulhof-Hänseleien für den Rest des Lebens werden können, das zeichnet sich im „Heldinnen!"-Buch nur ex negativo ab. Denn der Sammelband ist bereits die Bewältigungsstrategie möglicher Traumata (auf jeden Fall: der allnächtlichen Träume mancher der Autorinnen). Damit zeigt der Band schon durch seine physische Existenz im Bücherregal einen konstruktiven Lösungsansatz. Er belegt schwarz auf weiß, dass es einen Ort gibt, an dem sich Kinder über ihre Ängste austauschen können. Nicht umsonst ist das Buch auch eine Werbung dafür, eigene „Selbstverteidigungskurse" zu gründen. Über den Erfahrungswert für die Lesenden der Texte als Stücke Literatur hinaus ist der Sammelband deshalb vor allem: die Dokumentation eines gelungenen safe spaces für Kinder. Wenn das kindisch ist, dann ist es jede andere emanzipative Tat

auch.

SVK - Selbstverteidigungskurs mit Worten 2017:
Wir sind Heldinnen! Unsere Geschichten.
w_orten & meer, Berlin.
ISBN: 978-3-945644-11-9.
290 Seiten. 14,00 Euro.

Zitathinweis: Kevin Grünstein: Stifte zu Boxhandschuhen. Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1487. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Gelegenheit zum Widerstand

Eva Kalny
Soziale Bewegungen in Guatemala
Eine kritische Theoriediskussion

Die Geschichte selbstorganisierter Kämpfe Guatemalas und ihrer Widersacher.

Rezensiert von Catharina Peeck-Ho

Auch nach dem Tod von Ex-Diktator Rios Montt am 1. April diesen Jahres halten die Proteste gegen Korruption und Straflosigkeit in Guatemala an. In den vergangenen Jahren fanden wiederholt große Demonstrationen statt, die nicht zuletzt durch die Mobilisierung sozialer Bewegungen möglich gemacht wurden. Eva Kalnys Buch über soziale Bewegungen in Guatemala stellt das Hintergrundwissen zur Verfügung, um die aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen besser zu verstehen.

Mitte der 1990er Jahre ging der Bürgerkrieg zu Ende, trotzdem gilt Guatemala nach wie vor als vergleichsweise instabiler Staat, der durch eine enorme soziale Ungleichheit geprägt ist. Das hat Einfluss – so die zentrale These von Kalny – auf die Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen, die sie im vorliegenden Band als miteinander in Verbindung stehende Teile gesellschaftlicher Gesamtstrukturen untersucht. Anders als der Untertitel vermuten lässt, steht dabei die ausführliche Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen in Guatemala an erster Stelle.

In der Studie wird die Entwicklung sozialer Bewegungen in Guatemala am Beispiel von Frauenbewegungen, indigenen Bewegungen und Kämpfen um Ressourcen analysiert. Diese sind in unterschiedlichen politischen Phasen mit unterschiedlichen Herausforderungen und damit verbundenen Gelegenheitsstrukturen konfrontiert: Kurze demokratische Phasen brachten Möglichkeiten zur Partizipation mit sich, die jedoch immer wieder durch Militärregierungen und Diktaturen eingeschränkt wurden. So leitete beispielsweise der von den USA militärisch unterstütze Sturz der Regierung von Jacobo Árbenz Guzmann durch die Militärregierung von General Carlos Castillo Armas 1954 eine Phase der Repression gegen Gewerkschaften und Bauernorganisationen ein. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Kommunismus geführt, wurden zuvor erkämpfte Rechte schlicht wieder zurückgenommen.

Vielfältige Kämpfe

Nach einer knappen Einführung ins Thema, die auch die Rolle von Theorien sozialer Bewegungen einbezieht, werden die oben genannten drei Strömungen – Frauenbewegungen, indigene Bewegungen und Ressourcenkämpfe – mit Fokus auf die gesellschaftlichen Entwicklungen im 20. Jahrhundert beschrieben. Die Analyse beginnt mit den liberalen Reformen des Jahres 1871 und ihren Folgen, die insbesondere für die indigene Landbevölkerung als dramatisch beschrieben werden: Indigene Gemeinden wurden enteignet und Männer zur Zwangsarbeit auf den neu entstehenden Fincas zur Kaffeeproduktion verpflichtet. Im Gegensatz dazu profitierte die mestizische Stadtbevölkerung und die katholische Kirche verlor an Einfluss. Frauen protestierten

unter anderem 1917, als der Diktator Manuel José Estrada Cabrera nach einem Erdbeben die Hilfsprojekte für Mütter einstellte, die nicht stillen konnten. Diese Frauen hatten erheblichen Anteil am Sturz von Cabreras Regime. Anhand eines Beispiels aus den 1940er und 1950er Jahren verdeutlicht Kalny wiederum, wie unterschiedlich soziale Bewegungen von gesellschaftspolitischen Entwicklungen betroffen waren und deutet interne Konflikte um Deutungsmacht an: So würden die Proteste für Einrichtungen zur Kinderbetreuung während der Arbeitszeiten von Marktfrauen in Guatemala Stadt während der 1940er und 1950er Jahre oftmals nicht als politische Kämpfe wahrgenommen, da die Akteure mit der katholischen Kirche kooperierten.

Zeugnisse kollektiven Widerstands

Die Autorin begründet die Auswahl der beforschten Bewegungen auf Erkenntnisse der Intersektionalitätsforschung und macht an unterschiedlichen Stellen deutlich, wie eng Bewegungen letztlich miteinander verknüpft waren. Auch die oben im Zusammenhang mit den Protesten der Marktfrauen genannten Konflikte darum, wer als legitimer Teil einer sozialen Bewegung wahrgenommen wird, zeigen, dass unter der Oberfläche der drei „Kampffelder“ vielfältige Konstellationen und Verknüpfungen sozialer Ungleichheit wirksam sind: Verknüpfungen von Ethnizität, Geschlecht und Klasse stehen in Verbindung mit Unterschieden zwischen Stadt- und Landbevölkerung und den damit verbundenen Bezügen auf Religion und kulturelle Praktiken. In diesem Spannungsfeld agieren die Bewegungen und daraus erklären sich interne Konflikte und Beziehungen zum Staat. Ressourcen sind bei Kalny insbesondere „lebenswichtige Ressourcen“ (S. 133), womit sie auf die Armut vieler Akteur_innen der so benannten sozialen Bewegungen aufmerksam macht, und den Begriff Ressource vorwiegend ökonomisch fasst. Speziell die Landkonflikte zwischen indigenen Kleinbauern und Fincabesitzer_innen, die in den Bodenreformen Ende des 19. Jahrhunderts einen Ursprung haben, stehen hier im Zentrum.

Die Konflikte stehen in Verbindung mit der Einführung von Zwangsarbeit und haben vielfältige Folgen, darunter die Zerstörung der ökonomischen Grundlagen indigener Gemeinden. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts münden sie in einer Reihe von gewaltsamen Vertreibungen und Massakern, wie 1982 die Auslöschung der Maya-Chuj Gemeinden von San Francisco, Nentón. Kalnys Auseinandersetzung mit diesen Ereignissen stellt wiederholt die Lage der indigenen Bevölkerung in den Mittelpunkt und macht deutlich, dass sie lange Zeit selbst von demokratisch orientierten Regierungen oftmals keine wesentlichen sozialen und politischen Verbesserungen zu erwarten hatten. Dies verschiebt sich mit dem beginnenden Bezug auf eine übergreifende indigene Identität ab den 1970er Jahren und der Entstehung von indigenen Dachverbänden wie zum Beispiel COPMAGUA (1994-2000), die politische Partizipation einforderten. Kalnys Zwischenfazit: Indigene Forderungen sind heute in die Argumentationen auch nicht-indigener Akteur_innen eingegangen, beispielsweise im Widerstand gegen Megaprojekte. Gleichwohl nehme die Sichtbarkeit indigener Bewegungen im öffentlichen Diskurs ab. Gesellschaftlicher Rassismus und Ausgrenzung sind insofern nach wie vor ein wichtiges Thema.

In der angekündigten „kritischen Theoriediskussion“ werden Ansätze zur Analyse sozialer Bewegungen erläutert und auf die Rolle des Staates bezogen. Damit rücken Institutionen wie Polizei, Militär und Justizwesen in den Vordergrund, aber auch nicht-staatliche Akteure wie Wirtschaftseliten und kriminelle Gruppen. Der Einfluss dieser Entitäten auf soziale Bewegungen, zeigt sich unter anderem daran, dass sie häufig für Repression verantwortlich gemacht werden können.

Der Staat und seine Institutionen sind aus dieser Perspektive ein wichtiger Fixpunkt für die Bewegungen, dessen Rolle sich im Laufe des letzten Jahrhunderts gewandelt hat: War dieser lange Zeit repressiv gegenüber sozialen Bewegungen, habe sich die Rolle seit Ende des Bürgerkriegs gewandelt. „Soziale Bewegungen sind unter diesen Umständen nicht ausschließlich in Opposition zum Staat zu betrachten, sondern agieren in einem Spannungsfeld unterschiedlicher mächtiger Entitäten.“ (S. 321f.) Das bedeute, so Kalny, aufgrund der Instabilität des Staates jedoch nicht

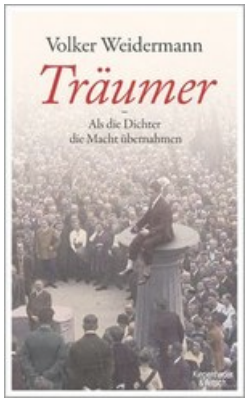
unbedingt weniger Gewalt, sondern eine Zunahme derselben, die mit ausdifferenzierten und teilweise undeutlichen Strukturen in Zusammenhang steht. Letzteres betrachtet die Autorin als Anlass, auch die Theorien sozialer Bewegungen in Hinblick auf das Verhältnis sozialer Bewegung zum Staat hin neu zu diskutieren.

Das Buch beruht auf den Interviews mit vielfältigen Akteur_innen aus sozialen Bewegungen und mit Vertreter_innen staatlicher Institutionen, die die Autorin während unterschiedlicher Aufenthalte geführt hat und die ein sehr differenziertes Bild der Geschichte sozialer Bewegungen in Guatemala zeigen. Für den deutschsprachigen Raum ist dies bislang einmalig. Eine Besonderheit und Stärke liegt dementsprechend in der sehr ausführlichen, fundierten und sowohl für wissenschaftliches als auch nicht-wissenschaftliches Publikum lesbaren Beschreibung und Analyse sozialer Bewegungen in Guatemala. Sie schließt eine Lücke im derzeitigen Stand der deutschsprachigen Lateinamerikaforschung und ist gerade vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftspolitischen Konflikte um Korruption und Straflosigkeit hochaktuell. Die Studie ist auch für Leser_innen interessant, die sich für die Bedingungen von Staatlichkeit und ihrem Verhältnis zu Selbstorganisierung interessieren oder schlichtweg Guatemalas Geschichte besser verstehen wollen.

Eva Kalny 2017:
Soziale Bewegungen in Guatemala. Eine kritische Theoriediskussion.
Campus Verlag, Frankfurt a.M.
ISBN: 9783593506265.
354 Seiten. 45,00 Euro.

Zitathinweis: Catharina Peeck-Ho: Gelegenheit zum Widerstand. Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/ 2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1491. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

1918 als Poeten-Revolution



Volker Weidermann
Träumer
Als die Dichter die Macht übernahmen

Die Münchner Räterepublik fand und findet wenig Beachtung. Ein Blick auf unterschiedliche Versuche, das zu ändern.

Rezensiert von Dieter Braeg

Volker Weidermann, der seine Karriere als Literaturkritiker bei der *taz* begann und seit einiger Zeit der Literaturpalaver-Sendung „Das literarische Quartett" vorsteht, hat sich also mit der Münchner Räterepublik beschäftigt. Dem muss vorausgeschickt werden: Es ist nach bald hundert Jahren noch immer nicht gelungen, eine wirklich realistische Einschätzung und Darstellung dieser „Münchner Räterepublik" zustande zu bringen. In seinem Buch „Griff nach der Weltmacht", erschienen im Jahre 1961, stellte der Historiker Fritz Fischer fest: „Kein anderes Ereignis deutscher Geschichte wurde bis heute so wenig beachtet wie die November-Revolution von 1918/19 – obgleich der Zusammenbruch der Monarchie und die Entstehung einer bürgerlichen Republik ohne Zweifel zu den entscheidenden und prägenden Ereignissen deutscher Vergangenheit zählen."

Später war es der Berliner Politologe Hansjörg Viesel, der im Jahre 1981 (!) das Buch „Literaten an der Wand. Die Münchner Räterepublik und die Schriftsteller" veröffentlichte. Diese Sammlung von Texten, Materialien und Dokumenten mit 186 Abbildungen hat damals die Büchergilde Gutenberg in großartiger Ausstattung veröffentlicht. Und kürzlich brachte Klaus Gietinger bei Edition Nautilus mit „November 1918. Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts" eine realistische Darstellung heraus. Bedauerlich, weil das revolutionäre Ereignis vom Winter 1918 und Frühjahr 1919 in München in dieser nicht-meinen Gesellschaft ignoriert wurde. Oder, wenn er doch aufgegriffen wird, wie nun etwa von Volker Weidermann mit seinem Roman „Träumer" – von Hans Magnus Enzensberger als „Lustig, aufregend, viel Neues, tolle Recherche. Das wird Furore machen" in jenen „Himmel" des literarischen Schundes hochgelobt – dann in einer Weise, welche die Frauen und Männer, die in dieser Revolution kämpften, wirklich nicht verdient haben.

Schlechte Aussichten

Aus diesem Ereignis einen Roman zu machen, der die kurze Münchner Räterepublik entsorgt und aus ihr ein 284 Seiten starkes Geschreibsel werden lässt, das auf keiner Seite jene Emotionen, Zustimmung und Ablehnung zu diesem wichtigen Ereignis erkennen lässt, ist ein politischer und literarischer Fehlgriff. Dass in der, dem Hauptteil angehängten, Bücherliste der im Roman erwähnte Ret Marut, der später als B. Traven mit seinen Romanen Weltruhm erreichte, nicht erwähnt ist, sei am Rande vermerkt. Ret Marut war sicherlich kein „wichtiger" Mitarbeiter von Kurt Landauer und das Zitat aus Maruts Zeitschrift *Der Ziegelbrenner*, das wir im Roman finden, ist leider typisch für Weidermanns andernorts hoch gelobte Recherchearbeit: „Mensch sein zu dürfen! ... Ich will frei sein! Ich will froh sein können! Ich will mich aller Schönheit dieser Welt erfreuen! Ich will glückselig sein! Aber meine Freiheit ist nur dann gesichert, wenn alle anderen Menschen um mich frei sind." (S. 179)

Im *Ziegelbrenner*-Heft Nr. 15 vom 30. Januar 1919 geht der Text „Die Welt-Revolution beginnt“, aus dem Weidermann so spärlich zitiert, über insgesamt elf eng bedruckte Seiten. Daraus wenige Zeilen zu zitieren, die noch dazu nicht den zentralen Inhalt dieses Textes darstellen, zeigt Weidermanns bürgerliche Politikschmutz-und-Schundgesinnung. Ich möchte hier auch kurz Marut zitieren, aus dem Artikel „Im freiesten Staate der Welt“, erschienen in *Der Ziegelbrenner*, Nr. 18/19, 3. Dezember 1919:

„Der freieste Staat der Welt in der Tat: Wucherer und Schieber, Raubmörder und Mörder von Revolutionären leben in Wonne und Wollust, Arbeiter und Revolutionäre dagegen werden hingeschlachtet, in Gefängnissen und Zuchthäusern gemartert. Dass es einmal so kommen würde, wenn die Sozialdemokraten die Macht hätten, habe ich sozialdemokratischen Arbeitern bereits im Jahre 1905 gesagt. Dass die Sozialdemokraten, einmal zur Macht gelangt, hundertfach brutaler sein würden als die Väter des Sozialistengesetzes, habe ich im Jahre 1907 sozialdemokratischen Wählern gesagt. Ich habe es ihnen gesagt nicht aus politischer Erkenntnis heraus (die hatte ich damals nicht und die habe ich heute nicht, weshalb ich mir mein Gefühl für den Menschen bewahren konnte), sondern ich habe es ihnen gesagt aus dem Gefühl heraus, dass die Sozialdemokratie ein Papsttum züchtete, schlimmer als das der katholischen Kirche.“

Volker Weidermann hätte, bevor er dieses die Münchner Räterepublik diskriminierende Machwerk schrieb, gut daran getan, zum Beispiel „Die verbrannten Dichter“ von Jürgen Serke oder „Als Rotarmist vor München“ von Erich Wollenberg zu lesen, der am 27. Juli 1919 verhaftet wurde und damals sicher kein Schriftsteller, also nach Weidermann ein „Träumer“, gewesen sein dürfte.

Cornelia Naumann und Günther Gerstenberg haben Im Verlag Edition AV das Buch „Steckbriefe“ herausgegeben, ein Lesebuch über Münchner Revolutionärinnen und Revolutionäre im Januar 1918. Porträtiert und steckbrieflich erfasst wurden da Kurt Eisner, Richard Kämpfer, Carl Kröpelin, Betty Landauer, Emilie Landauer, Sarah Sonja Lerch, Carl Mettler, Theobald Michler, Franz Xaver Müller, Anna Niedermeier, Fritz Schröder, Ernst Toller, Hans Unterleitner, Lorenz Winkler, Albert Winter junior und senior. Die hier genannten Männer und Frauen gingen zum größten Teil nicht dem Beruf Schriftstellerin/Schriftsteller nach.

Bedenkliche Protagonisten

Kurt Eisner – auch ihn kann man wahrlich nicht, wie Weidermann es tut, als einen Träumer bezeichnen – spielt auf den ersten 132 Seiten des Buches die inhaltlich führende Rolle. 1867 geboren, tritt er im Jahre 1898 in die SPD ein. Journalistisch schon vorher tätig, arbeitet er beim sozialdemokratischen *Vorwärts*. Er gehört zu jenen, die bei Beginn des Ersten Weltkriegs den Kriegskrediten zustimmt, um dann im Jahre 1917 Vorsitzender der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) in Bayern zu werden. Im Januar 1918 organisiert Eisner den Munitionsarbeiterstreik in München und wird deswegen für neun Monate inhaftiert. Wie ein „Träumer“, wie Weidermann Eisner einstuft, derart überzeugend agieren kann, wird vom Autor nicht beantwortet. Nachdem Eisner am 7. November 1918 den „Freistaat Bayern“ proklamiert hat, bildet sich unter seinem Vorsitz im Landtag ein Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat – und wie dieser Name schon sagt, war es kein „Dichterrat“, so wie ihn Weidermann seinen Leserinnen und Lesern verkaufen will.

Erich Mühsam, der im Buch eine politische Rolle spielt, stellte zu Eisners politischer Arbeit in der von ihm herausgegeben Zeitschrift *Kain* Nr. 1 vom 10. Dezember 1918, fest:

„Diese Reinigung des Hauses ist erste Pflicht des neuen Wirts. Will er in gesunder Luft leben, dann darf er nicht die Krankheitsträger nähren, an denen sein Vorgänger gestorben ist. Der wahre Bazillus aber, der den alten Staat im Hexenkessel des Kapitalismus krepieren ließ, heißt Kapitalismus. In der programmatischen Erklärung der republikanischen bayerischen Regierung vom 15. November wird die verhängnisvolle Auffassung vertreten, in einer Zeit, da die Produktivkräfte des Landes nahezu erschöpft sind, dürfe an eine grundsätzliche Umgestaltung der Volkswirtschaft nicht gedacht werden. ‚Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist.'"

Eisner hat nicht nur denkwürdige Politik betrieben, sondern gleich nach Beginn seiner Regierung einen Beauftragten der Zensur eingesetzt. Wie Mühsam in *Kain* Nr. 2 vom 17. Dezember 1918 im Artikel „Mein Putsch gegen die Münchner Zeitungen" feststellte, sicherte dies der revolutionsfeindlichen bürgerlichen Presse das Überleben:

„Sie haben über vier Jahre dem naiven urteilslosen Volk, das noch ganz von der Kirche oder Presse abhängt, Lügen der verwegensten Art vorgesetzt … Sie haben die Schuldigsten der Schuldigen der Weltgeschichte tagaus, tagein reingewaschen und sich damit mitschuldig gemacht an ihrer Schuld."

Eisner beendete diesen notwendigen „Putsch" gegen eine Presse, die nie die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertrat, unter Androhung von Waffengewalt. O-Ton im Weidermann-Buch zu Eisner: „Während der Volkskönig sich erschöpft aufs Sofa fallen lässt, sagt er: ‚Ist es nicht etwas Wunderbares? Wir haben eine Revolution gemacht, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen! So etwas gab es noch nicht in der Geschichte.'" Im nächsten Absatz ist es still auf Münchens Straßen. „Vereinzelte Schüsse in der Nacht. Sternenhimmel." Also wird doch geschossen bei dieser „gewaltfreien" Revolution? Etwa auf den Mann im Mond? Und weil Weidermann nicht, gebremst durch eine kritische Tastatur, aufzuhalten ist, folgt: „Ein Betrunkener torkelt durch die Straßen Schwabings. ‚Bewegung! Krach! Krach! Krach!' kräht er im dunklen Mantel in die Nacht. ‚Be-wee-e-gung!' Hört ihn jemand?"

Kein Interesse an Bodenhaftung

Was war in jenen vier Wochen wirklich geschehen, die in die Geschichte als die Münchner Räterepublik eingingen? War es ein blutiger Revolutionskarneval, inszeniert von ausländischen Agitatoren, Intellektuellen und Schwabinger Bohemiens, die den Bayern ihre Terrorherrschaft aufzwingen und eine Räterepublik nach sowjetrussischem Beispiel einführen wollten? Diese Version ist so alt wie das Geschehen selbst. Sie wurde von den konservativen Kräften schon während der Revolutionswochen propagiert und nach der Niederwerfung der Räterepublik kräftig denunziert.

Weidermanns Buch klärt nicht auf, kein Wort über das Ringen, zu einer anderen Gesellschaftsordnung zu kommen, die heute notwendiger denn je wäre. In München gab es 1918/19 eine Verbindung von Teilen der Arbeiterschaft, des Bürgertums und Intellektuellen, die versuchten, die Revolutionsbewegung vom 9. November 1918 in Bayern zu retten, nachdem sie vorher in Berlin gescheitert war.

Mühsams Tagebücher vom Herbst 1916 bis April 1919, verdienstvoll herausgegeben vom Berliner Verbrecher-Verlag, sind leider verschollen. Seine Meinung zur Oktoberrevolution, dem Spartakusbund und vor allem die Geschichte der Münchner Revolution sind nicht mehr auffindbar. Dabei wären gerade diese Texte bedeutsame Beiträge zu einer bisher wirklich nicht besonders beachteten aber wichtigen deutschen Geschichte, die durch Volker Weidermanns Werk keine Aufklärung erfährt, sondern in der Art der Erzählung tatsächlich weder neu noch aufregend ist, geschweige denn Furore machen sollte.

Volker Weidermann 2017:
Träumer. Als die Dichter die Macht übernahmen.
Kiepenheuer & Witsch, Köln.
ISBN: 978-3-462-04714-1.
288 Seiten. 22,00 Euro.

Zitathinweis: Dieter Braeg: 1918 als Poeten-Revolution. Erschienen in: Kapitalismus digital. 48/2018. URL: https://kritisch-lesen.de/c/1493. Abgerufen am: 02. 01. 2019 22:28.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2019 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere Kontaktseite erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.